

# solixtra



Gewerkschaftsjugend und G 8 2007: »Gute Arbeit« und Globalisierung



»Decent Work«: Armut wird Geschichte (G 8-Proteste, Edinburgh, Schottland, 2005)

Foto: Jess Hurd / REA / latif

## Agenda: »Gute Arbeit«

»Decent Work«: Gewerkschaften und Globalisierung.

**D**GB und DGB-Jugend unterstützen die internationale Kampagne »Decent Work For A Decent Life« des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB) sowie der Organisationen Solidar, Social Alert und Global Progressive Forum.

»Decent Work« kann man mit »Menschenwürdige Arbeit« oder auch mit »Gute Arbeit« übersetzen. Hinter der Kampagne steht die »Decent Work Agenda« der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO). Deren Ziel ist es, gute und zugleich produktive Arbeit für Männer und Frauen zu schaffen, und zwar in Freiheit, Gleichheit, Sicherheit und Würde: »Die Arbeit muss produktiv genug sein, um ein ausreichendes Einkommen zu ermöglichen. Sie muss soziale Sicherheit für die ArbeitnehmerInnen und ihre Familien sowie die Chance zu persönlicher Entwicklung und gesellschaftlicher Integration bieten.«

Die Kampagne ist eine Antwort auf Globalisierungsprozesse, die die Kluft zwischen armen und reichen Ländern ständig vergrößern

– aber auch die Arbeitsbedingungen und die Sozialversicherungssysteme der Industrienationen unter Druck setzen.

Anfang Juni 2007 werden sich in Heiligendamm die Regierungen der reichsten Staaten im Rahmen des G 8-Gipfels über ihre Wirtschafts- und Entwicklungspolitik verständigen. Anlass für die DGB-Jugend, die Umsetzung der »Decent Work Agenda« zu fordern. Im weltweiten Wettbewerb um Arbeit und Gewinne können Lohn- und Sozialdumping nur durch international gültige Arbeitsnormen verhindert werden.

In dieser Soli extra stehen der G 8-Gipfel und die »Decent Work Agenda« im Mittelpunkt. Wir beschäftigen uns mit der Kritik an Politik und Struktur der G 8, geben einen Überblick über die globalisierungskritische Bewegung, gehen auf das Thema »Gute Arbeit« und internationale Arbeitsstandards ein, berichten aus den Ländern China, Kolumbien, Südafrika und Indien – und fragen: Was bedeutet »Gute Arbeit« für junge Menschen in Deutschland?

Wir nennen Handlungsmöglichkeiten der internationalen Gewerkschaftszusammenarbeit: Das im letzten Jahr verabschiedete Übereinkommen über Arbeits- und Sicherheitsstandards für Seeleute macht deutlich, dass es möglich ist, die Globalisierung politisch zu gestalten. Und das »Schwarzbuch Lidl Europa« zeigt, wie europaweit Öffentlichkeitsarbeit und politischer Druck organisiert werden können. [S](#)

Mirjam Muhs, Jessica Heyser;  
politische Referentinnen der DGB-Jugend

### INHALT

- 2** *das ist der gipfel*  
G 8: Ein exklusiver Klub
- 3** Die Frage ist: Wie? Die Agenda der Bundesregierung
- 4** Michael Sommer:  
G 8 und Gewerkschaften  
Chronik
- 5** DGB-Jugend: Mobilisierung und Diskussion
- 6** Jugendgewerkschafter Sascha Göritz: Polizei & Protest
- 7** *»gute arbeit« – die agenda*  
Ein rasantes Projekt
- 8** Das Programm »Decent Work«  
Die IGB-Kampagne
- 9** *»gute arbeit« weltweit*  
Angemessener Lohn – China:  
Kollektiver Schutz  
CSR: Doppelzüngige Konzerne
- 10** Vereinigungsfreiheit –  
Kolumbien: Hoffnung für  
Gewerkschafter
- 11** Gesundheitsschutz – Südafrika:  
Arbeit statt Apotheke
- 12** Gleichberechtigung – Indien:  
SEWA ist mitgliedernah  
Frauen und Globalisierung
- 13** Kampf gegen Zwangsarbeit –  
Europa: Handelsware Mensch
- 14** *wer ist wer*  
Das Glossar
- 16** *comic*  
Das Abkommen
- 17** *gute ausbildung*  
René Rudolf: »Gute Arbeit«  
braucht gute Regeln  
Marco Frank: Das Jugend-  
arbeitsschutzgesetz
- 18** Drei Ausbildungsporträts  
DGB-Jugend: Ausbildungsreport
- 20** *beispiele gewerkschaft-  
lichen handelns*  
IG Metall: Perspektive Tarif  
Projekte der Gewerkschaftsjugend
- 21** Der internationale Kampf  
der Seeleute  
IG BCE: Netzwerken als Strategie
- 22** Bange machen gilt nicht:  
Lidl und der Methodenmix

### IM INTERNET

## DGB-Jugend und G 8

Termine, Adressen, Websites, Camps – alle wichtigen Informationen findet man auf der G 8-Homepage der DGB-Jugend. [S](#)

[www.dgb-jugend.de/G8](http://www.dgb-jugend.de/G8)



# Ein exklusiver Klub

**G8 – das ist eine informelle Vereinigung der größten Industriemächte, die wichtige weltpolitische Entscheidungen trifft. Von Kerstin Eschrich**

## Wer sind die G8?

G8 heißt »Die Großen 8« bzw. »Mitglieder der Gruppe der 8«. Sie sind ein informeller Zusammenschluss der »wichtigsten Industriestaaten«, wie sich die beteiligten Länder selbst nennen. Das ist auch insofern richtig, als diese Staaten (Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Kanada, Russland und die USA) momentan zusammen genommen etwa 65 Prozent des weltweiten Bruttoinlandsprodukts, also der Summe aller weltweit produzierten Waren und Dienstleistungen, erwirtschaften. Den größten Anteil haben die USA mit 29 Prozent vor Japan mit zwölf und Deutschland mit sieben Prozent. Die jährlichen Treffen der G8 werden deshalb auch Weltwirtschaftsgipfel genannt.

## Warum entstanden die G8?

Die Gründung der damaligen G6 (USA, Japan, Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Italien) war eine Reaktion auf die Ölkrise Anfang der siebziger Jahre, die zu einer Wirtschaftskrise mit Massenarbeitslosigkeit führte, und den Zusammenbruch des Währungssystems Bretton Woods. Die Idee von Bretton Woods war, alle großen Währungen der Welt in einem festen Wechselkursystem zu verankern. Ständig schwankende Kurse verursachen Unsicherheiten und Stabilitätsrisiken, die für den Außenhandel, Investitionen und den Schuldendienst der Entwicklungsländer problematisch sind. Bretton Woods zu beenden bedeutete, die Wechselkurse dem Markt zu überlassen. Gleichzeitig begann eine bis heute andauernde Welle der Liberalisierung und Deregulierung auf den Finanzmärkten.

Die großen Industriestaaten erkannten die Gefahren der Veränderung und trafen sich 1975 in Rambouillet bei Paris erstmals in der G6-Konstellation, die später durch die Aufnahme Kanadas und dann Russlands zur G8 wurde. Zunächst ging es offiziell darum, die Konjunktur anzukurbeln und zudem einen Ersatz für die Stabilität und Sicherheit des Bretton-Woods-Systems zu finden. Es wurde aber schnell klar, dass ein weiteres Ziel war, die westlichen Staaten nicht nur ökonomisch, sondern auch politisch besser abzustimmen.



Für Arbeitnehmerrechte weltweit (Edinburgh, Schottland, 2005)

Foto: Jess Hurd/REA/laif

len Strukturen. Ihre ursprünglichen Aufgaben haben die G8 also keinesfalls erledigt.

Andererseits setzten sie sich bald auch andere Themen auf die Agenda. Sie reichten von Atomenergie und Terrorismusbekämpfung über Klima, Umwelt und Aids bis zu Biotechnologie, Rüstungskontrolle und demographischem Wandel. Die Gipfeltreffen dienten dabei oft nur der Sondierung bei kontroversen Themen, manchmal führten sie aber auch zu praktischen Ergebnissen, etwa beim Schuldenmanagement gegenüber den Entwicklungsländern. Auf jeden Fall setzen sie Themen – und verfestigen oft genug auch neoliberale Ideologie.

## Was ist das Problem?

Nicht zu Unrecht werden die G8-Staaten oft auch als »Klub der Reichen und Mächtigen« bezeichnet. Tatsächlich gelten für die G8 Regeln wie für altenglische Männervereinigungen – erstens: Die G8 sind informell. Hier werden auch Probleme und Konflikte behandelt, die auf offizieller Ebene kein Thema sind oder nicht verhandelt werden können. Zweitens: Die G8 sind eine geschlossene Gesellschaft, in die ein neuer Staat nur auf Empfehlung der bereits etablierten Mitglieder aufgenommen werden kann. Sie sind also exklusiv. Drittens: Die G8 repräsentieren nur 13 Prozent der Weltbevölkerung, verhandeln aber Probleme, die die ganze Welt betreffen.

Auch wenn sich immer wieder deutlich zeigt, dass sich auch die Großen 8 keineswegs in allen Fragen einig sind, ist die Veranstaltung deshalb undemokratisch.

## Hatten die G8 Erfolg?

Nach dem Ende der Ölkrise erholte sich die Wirtschaft wieder – was sie nach Ansicht von Ökonomen mit oder ohne Weltwirtschaftsgipfel getan hätte. Die Arbeitslosigkeit allerdings nahm weiter zu. Und vor allem wurden die Finanzmärkte immer instabiler. Noch in den neunziger Jahren erschütterten mit Mexiko-, Asien- und Russland-Krise drei große Ereignisse die internationa-

## Gibt es Reformansätze?

Es gab immer wieder Forderungen, auch von Vertretern der Industrienationen, zumindest weitere Länder in den »exklusiven Klub« aufzunehmen. Im Gespräch sind dabei China, Indien und Brasilien, die in den vergangenen Jahren wirtschaftlich kräftig aufholten und dabei sind, einigen G8-Staaten den Rang abzulaufen. Inzwischen werden die drei Länder genauso wie Südafrika als »Gäste« eingeladen.

Der britische Ministerpräsident Tony Blair forderte im vergangenen Jahr, die G8 um vier Länder zu erweitern. Nach Ansicht vieler Kritiker würde dies das Problem des Demokratiedefizits und der Exklusivität jedoch nicht lösen, sondern bestenfalls verringern. Andere befürchten sogar, dass eine Ausweitung der G8 oder auch nur eine stärkere Einbindung weiterer Staaten die Vereinten Nationen (UNO) schwächen würde. Aber auch wenn sich die UNO – vor allem wegen des Vetorechts der fünf ständigen Sicherheitsratsmitglieder – ebenfalls Kritik ausgesetzt sieht, so stellt sie doch mit 192 Mitgliedsstaaten und als eingeschränkt anerkanntes Völkerrechtssubjekt einen sehr viel breiteren und legitimeren Zusammenschluss dar als die G8. Eine Reform der UN wäre also viel sinnvoller und naheliegender als der Aufbau einer Alternative zu den G8. 5

# Die Frage ist: Wie?

**Die Agenda der Bundesregierung für den G8-Gipfel nennt die richtigen Themen, trifft aber nicht die entscheidenden Punkte. Von Rainer Falk**

Viele NGOs haben die Agenda der Bundesregierung für den G8-Gipfel begrüßt – so groß war offensichtlich die Erleichterung darüber, dass sich die Gerüchte, das Thema Armutsbekämpfung und Afrika könnte vollends an den Rand gedrängt werden, nicht bewahrheitet haben.

Dabei ist die deutsche G8-Agenda alles andere als ein Anlass zum Jubel. Statt der Rückbesinnung auf die makroökonomischen Koordinationsaufgaben der Gipfel will Berlin jetzt der Wirtschafts- und der Entwicklungspolitik formal einen gleichrangigen Stellenwert geben. Die konkrete Ausgestaltung beider Tagesordnungspunkte ist jedoch so, dass man sich fragt, wessen Probleme hier eigentlich gelöst werden sollen.

**Wirtschaftspolitisch** sollen die G8 nach den Vorstellungen der Bundesregierung in

Heiligendamm ein »Bekenntnis zur Investitionsfreiheit in Industrie- und Schwellenländern« abgeben. Zwar sollen auch die Investitionsbedingungen und die »soziale Dimension der Globalisierung« behandelt werden. Wie dies geschehen soll – etwa durch die weltweite Verpflichtung der transnationalen Konzerne auf angemessene soziale Standards – wird jedoch nicht gesagt. Sehr konkret wird Berlin nur beim »Schutz von Innovationen gegen Produkt- und Markenpiraterie«, wo die Interessensgegensätze zwischen alten Industrieländern und aufstrebenden Volkswirtschaften aufeinander prallen.

Der entwicklungs- bzw. afrikapolitische Teil der Schwerpunkte der deutschen G8-Präsidentschaft ist ein Musterbeispiel dafür, wie man den Eindruck erweckt, die ehrgeizige Tagesordnung von Gleneagles im Jahre 2005 fortzuführen, in Wirklichkeit jedoch etwas ganz anderes aufs Gleis setzt. Die Bundeskanzlerin lege Wert darauf, so heißt es, die Beziehungen der G8 zu Afrika als eine »Reformpartnerschaft« auszubauen. Sieht man näher hin, so findet man folgenden:

»Die afrikanischen Staaten sollen Strukturen entwickeln, die private Investitionen erleichtern.«

Das ist an sich nicht verkehrt, aber angesichts der Probleme des Kontinents derzeit nicht die angemessene Akzentsetzung. Es ist offensichtlich nicht vorgesehen, die Umsetzung der Versprechen der Großen Acht in puncto Entwicklungshilfe, Entschuldung und Handel vom G8-Gipfel in Gleneagles 2005 konkret zu überprüfen.

Dabei hätte gerade die Bundesregierung dazu allen Anlass. Nach dem Bericht zur »Wirklichkeit der Entwicklungshilfe« sind die deutschen Ausgaben für Entwicklungshilfe nur auf dem Papier enorm gestiegen. Zieht man die Schuldenerlasse für den Irak, Nigeria und andere Länder ab, so wurde



G8-Treffen: Richtige Themen, falsche Lösungen (Evian, Frankreich, 2003)

Foto: Jean Luc Luyssen / Gamma / laif

## GEWERKSCHAFTSJUGEND

### Unser Programm

Jugendarbeitslosigkeit, Massenentlassungen, Krieg – all diese Dinge sind Bestandteil einer Politik, die wir als Neoliberalismus bezeichnen. Oder wie kommt es, dass viele Konzerne Rekordgewinne einfahren und trotzdem massenhaft Kolleginnen und Kollegen entlassen? Weil sie es dürfen. Profit steht über den Menschen. Diese Politik wird überall auf der Welt immer stärker diktiert von den mächtigsten Industrienationen der Welt. Dies sind die G8.

Wir als IG Metall-Jugend sagen Nein zu einer solchen Politik, die die meisten Menschen zu Verlierern macht – und mobilisieren gegen das Treffen. Sie sind 8. Wir sind mehr. ☒

Andreas Köppe, IG Metall-Jugend, vertritt die DGB-Jugend beim Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB).

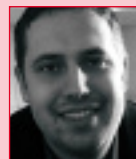


Wir wollen Druck ausüben – der Welthandel muss sozial gestaltet werden. In unserer Branche haben wir große Nahrungsmittel-Konzerne wie Nestlé und Kraft, die verwalten ja quasi den Hunger.

Wir brauchen eine internationale Grundversicherung und gesetzliche Mindestlöhne. Deswegen werden wir für die Demo in Rostock mobilisieren.

Dann hoffen wir, dass der Klimawandel stärker thematisiert wird. Einer der größten Klimakiller ist Methan, das von Rindern stammt, die für den Fleischverzehr gezüchtet werden. So machen wir die Umwelt kaputt. ☒

Christian Wechselbaum, Junge NGG



2005 sogar weniger Geld an die Entwicklungsländer gezahlt als im Vorjahr. Die Deutsche Welthungerhilfe und terre des hommes fordern deshalb im Juli 2007 von der Bundesregierung die Vorbereitung einer »Initiative 07.07.07«, um die Aufstockung der Hilfe auf 0,7 Prozent des Brutto-sozialprodukts bis 2015 zu gewährleisten.

**Das traurigste Kapitel** der deutschen G8-Agenda ist freilich, dass sie gegenüber dem Erfordernis, die überkommene Gipfelarchitektur selbst zu reformieren, völlig versagt. Die Bundesregierung will zwar China, Indien, Brasilien, Mexiko und Südafrika einladen. Die G8-Konstruktion selbst will sie jedoch weder öffnen noch zugunsten eines repräsentativeren Steuerungsgremiums für die Weltwirtschaft zur Disposition stellen. ☒

Infos der Bundesregierung: [www.g-8.de](http://www.g-8.de)

Rainer Falk ist Herausgeber des »Informationsbriefs Weltwirtschaft & Entwicklung«. Infos: [www.weltwirtschaft-und-entwicklung.org](http://www.weltwirtschaft-und-entwicklung.org)



# G8 und die Gewerkschaften

**2007 fallen die deutsche EU-Ratspräsidentschaft und der Weltwirtschaftsgipfel zusammen. Die deutschen Gewerkschaften sind entschlossen, diese Chance zu nutzen.**

Von **Michael Sommer**

**D**ie Gewerkschaften haben erkannt, dass die Globalisierung nicht nur für die Menschen in den ärmeren Ländern Gefahren bedeutet, sondern auch die Löhne und Sozialversicherungssysteme in den entwickelten Ländern unter

Druck setzt. Die Arbeitnehmer werden von transnational agierenden Konzernen gegeneinander ausgespielt. Gleichzeitig unternehmen die nationalen Regierungen Anstrengungen, um den Konzernen und Finanzinvestoren ihre Heimatmärkte weiter zu öffnen und die Liberalisierung voranzutreiben.

Die internationale Gewerkschaftsbewegung wie auch der DGB weisen bereits seit einiger Zeit auf diese verhängnisvollen Entwicklungen hin. Wenn die Bundesregierung bei dem Weltwirtschaftsgipfel in Heiligendamm nun den »Abbau globaler Ungleichgewichte« sowie die »Ausgestaltung der globalisierten Weltwirtschaft und die Entwicklung Afrikas« in den Mittelpunkt stellen will, begrüßen wir dies ausdrücklich.

Allerdings ist es bei früheren Gipfeln bei allen Themen rund um die soziale Dimension der Globalisierung häufig bei Lippenbekenntnissen geblieben. Bei den harten Themen wie Investitionsfreiheit und Zugang zu den Märkten gab es dagegen ganz konkrete Vereinbarungen: Bisher können

z.B. alle möglichen Verstöße gegen die Liberalisierung der Märkte durch die Welt handelsorganisation (WTO) sanktioniert werden. Für soziale oder ökologische Standards gilt dies nicht.

**Die Gewerkschaften** erwarten von den Staats- und Regierungschefs, dass sie sich daran erinnern, für wen sie sprechen und von wem sie gewählt worden sind. Ihre demokratische Legitimation haben sie nicht von den international agierenden Konzernen und Finanzdienstleistern, sondern von den Arbeitnehmern und den Bürgerinnen und Bürgern ihrer Länder. Deren Interessen gilt es zu schützen und zu wahren.

Für die deutschen Gewerkschaften bedeutet dies, dass wir mit konkreten Vorschlägen Einfluss auf die G8-Agenda der Bundesregierung nehmen wollen.

Ein zentraler Punkt: die soziale Gestaltung des Welthandelssystems. Der DGB tritt gemeinsam mit dem neugegründeten Internationalen Bund der Gewerkschaften (IGB) für eine grundlegende Veränderung der WTO ein. Die WTO muss, in Zusammenarbeit mit der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), die Achtung der Kernarbeitsnormen in ihrem Handelsregime sicherstellen.

Der moderne Finanzkapitalismus hat die ökonomische Krise nicht nur nicht behoben, sondern auch schwere Härten für die Arbeitnehmer gebracht. Kurzfristige Finanzspekulationen über Hedge Fonds und Private Equity Fonds haben gut funktionierende Unternehmen kaputtgemacht und Arbeitsplätze vernichtet. Der DGB wird Vor-

schläge einbringen, wie man Transparenz und Kontrolle der internationalen Finanzmärkte erhöhen kann.

**Die OECD-Leitsätze** für multinationale Unternehmen sprechen von der »allgemeinen Achtung der Menschenrechte bei der Arbeit«. Für den DGB sind diese Leitsätze ein wichtiges Instrument zur Förderung von Unternehmensverantwortung. Wir setzen uns aber auch für eine Verbesserung ihrer praktischen Handhabung und für eine höhere Verbindlichkeit und Kontrolle ein. Die Achtung dieser Leitsätze muss zur bindenden Auflage für Unternehmen werden, die staatliche Hilfe, Exportkredite und Investitions Garantien beanspruchen.

Der DGB wird sich mit öffentlichen Veranstaltungen und Aktionen einmischen und Vorschläge für eine grundlegende Veränderung und eine soziale Gestaltung der Globalisierung machen. Im Mai ste-

hen hierzu die Sozialpartnerkonsultationen mit den G8-Arbeitsministern an, und kurz vor dem Gipfel in Heiligendamm wird es ein Treffen von Angela Merkel mit Gewerkschaftsvorsitzenden der Gipfel-Länder geben.

Der G8-Gipfel ist mehr als eine reine Show-Veranstaltung. Hier werden alle wichtigen multilateralen Vereinbarungen besprochen und zentrale Weichenstellungen für die Zukunft vorgenommen. Um so mehr erwarten wir, dass unsere Initiativen auch zu konkreten Maßnahmen führen. Lippenbekenntnisse haben wir genug gehört. ☐

*Michael Sommer ist Vorsitzender des DGB.*



**Die Gewerkschaften erwarten von den Staats- und Regierungschefs...**

**...dass sie sich daran erinnern, für wen sie sprechen und von wem sie gewählt worden sind.**

## GLOBALISIERUNGSKRITIK

### Chronik

#### Seattle

Die ersten Massendemonstrationen der globalisierungskritischen Bewegung mit mehr als 50.000 Teilnehmern finden vom 30. November bis 3. Dezember 1999 im US-amerikanischen Seattle statt. Die Proteste richten sich gegen die dort tagende Welthandelsorganisation WTO, ihre Liberalisierungspolitik, aber auch ihre Struktur.

Seattle gilt als Beginn der neuen Bewegung. Doch es gab einen Vorlauf: Im Dezember 1997 ruft der Redaktionsleiter der »Le Monde Diplo-

matique«, Ignacio Ramonet, zur Gründung einer weltweiten Bürgerbewegung auf, die eine Dividendspekulationssteuer durchsetzen soll. Kurze Zeit später wird in Frankreich das globalisierungskritische Netzwerk Attac gegründet.

#### Prag

Zur Jahrestagung 2000 von IWF und Weltbank am 26. und 27. September will die tschechische Hauptstadt zeigen, dass sie von Seattle gelernt hat. Die Stadt gleicht einer Festung. Etwa 10.000 Menschen, die für eine andere Armutsbekämpfungspolitik demonstrieren wollen, haben kaum Chancen, zum Kongresszentrum durchzudringen.

#### Porto Alegre, Mumbai, Nairobi

In der südbrasilianischen Modellstadt Porto Alegre, in der die Bevölkerung über die Verwendung der kommunalen Gelder mitbestimmt, diskutieren vom 25. bis 30. Januar 2001 rund 10.000 Menschen auf dem ersten Weltsozialforum (WSF) über Schuldenerlass und die »Abschaffung der inoffiziellen Weltregierung aus IWF und Weltbank«. Das WSF wird zur festen Einrichtung. Parallel zu den Weltwirtschaftsforen, einem informellen Treffen von Wirtschaftsgrößen mit der Politik und internationaler Prominenz, findet es nun jährlich statt. Zunächst immer in Porto Alegre; ab 2005 wechselt es seine Schauplätze, um mehr sozialen Gruppierungen

# »Gute Arbeit« für alle

## Mobilisierung und Diskussion: Die DGB-Jugend und die G8-Proteste.

**W**enn sich die acht Regierungschefs der mächtigsten Industriestaaten vom 6. bis 8. Juni 2007 in Heiligendamm treffen werden, ist das auch für die DGB-Jugend ein wichtiges Datum: Der exklusive Kreis verfolgt zwar scheinbar positive Ziele wie zum Beispiel Energiesicherheit oder die Entschuldung von Entwicklungsländern. Die »Lösungen«, die sie Jahr für Jahr anbieten, sind jedoch oft wirkungslos – und sie stabilisieren das System, das die Probleme erst hervorruft.

Mirjam Muhs, DGB-Jugend-Referentin: »Die G8 stehen für eine Globalisierungspolitik, die die Liberalisierung des Handels als oberstes Primat hat. Sie stehen für eine Politik, die den grenzenlosen Kapital-, Waren- und Datenverkehr forciert – das bedeutet: Gewinnmaximierung für wenige und Verarmung für die meisten.«

**Zentrale Forderung:** »Decent Work – menschenwürdige Arbeit für alle!« Es geht um eine Perspektive für junge Menschen in Schule, Ausbildung und Betrieb – und darum, Globalisierung sozial und gerecht zu gestalten. DGB-Jugend-Referentin Jessica Heyser: »Dazu gehört, dass alle Menschen aktiv auf den Globalisierungsprozess Einfluss nehmen können und dafür demokratische Strukturen geschaffen werden.«

Wer G8-Aktionen der Gewerkschaftsjugend mit vorbereiten will, sollte sich zum Planungs- und Vernetzungsworkshop einfinden. Titel: »Die G8 kommen – wir sind schon da«, vom 11. bis 13. Mai 2007 im DGB-Jugendbildungszentrum Flecken Zechlin.



Auf die Straße – für verbindliche Standards  
(G8-Proteste, Edinburgh, Schottland, 2005)

Foto: Jess Hurd/REA/latif

Auch vor Ort ist die DGB-Jugend aktiv. Heyser: »Wir wollen alle gewaltfreien Aktivitäten und Proteste unterstützen.«

Dazu gehören das von einem alternativen Bündnis organisierte Camp in Rostock und das Protestcamp in Bützow vom 1. bis 10. Juni 2007, das von einem gewerkschaftsnahen Organisator durchgeführt wird.

Für die DGB-Jugend steht nicht die unmittelbare Nähe der Unterkünfte zu Heiligendamm im Vordergrund, sondern die Auseinandersetzung mit den Themen rund um G8 und die möglichst aktive und zahlreiche Beteiligung an den Veranstaltungen und Protesten.

Ein wichtiger Ort für die inhaltliche Auseinandersetzung mit G8-Themen wird der Alternativkongress sein, der vom 5. bis zum 7. Juni 2007 in Rostock stattfindet.

**Zu den großen Events** dürfte die internationale Demonstration unter dem Motto

»Eine andere Welt ist möglich« in Rostock am 2. Juni 2007 gehören: Um 12 Uhr geht's los, ab 16 Uhr ist Abschlusskundgebung in der Rostocker Innenstadt.

Ebenfalls für Anfang Juni 2007 planen der im Herbst 2006 neu gegründete Internationale Gewerkschaftsbund (IGB) und der internationale Verband Solidar eine Jugendkonferenz in Berlin. Junge Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter aus der ganzen Welt werden erwartet. Hier will die Gewerkschaftsjugend diskutieren, wie internationale Strategien aussehen können, um Arbeitsbedingungen weltweit zu verbessern. [5]

Großdemonstration: [www.heiligendamm2007.de](http://www.heiligendamm2007.de)

Alternativkongress: [www.g8-alternative-summit.org/de](http://www.g8-alternative-summit.org/de)

Protestcamp Bützow: [www.g8-gute-nacht.de](http://www.g8-gute-nacht.de)

G8 und DGB-Jugend: [www.dgb-jugend.de/g8](http://www.dgb-jugend.de/g8)

Vernetzungsworkshop der DGB-Jugend:  
[www.dgb-jugendbildung.de](http://www.dgb-jugendbildung.de)

Internationale Jugendkonferenz des IGB: Mirjam Muhs,  
E-Mail: [mirjam.muhs@dgb.de](mailto:mirjam.muhs@dgb.de); Jessica Heyser, E-Mail:  
[jessica.heyser@dgb.de](mailto:jessica.heyser@dgb.de)

die Teilnahme zu erleichtern und zugleich andere inhaltliche Schwerpunkte zu setzen, und kommt nur noch alle zwei Jahre nach Brasilien.

2005 findet das WSF in Mumbai, Indien, statt. Hier stehen nun auch religiöse und ethnische Konflikte auf der Tagesordnung. Die Bewegung spaltet sich vorübergehend: Eine Gruppe will sich dem Verdikt des Gewaltverzichts nicht beugen. Sie fordert radikalere Protestformen.

2007 treffen sich die Globalisierungskritiker zum ersten Mal auf dem afrikanischen Kontinent, in Nairobi, Kenia.

### Göteborg

Der EU-Gipfel in Schweden am 15./16. Juni 2001, zu dem auch US-Präsident George W.

Bush geladen war, ist abermals von Demonstrationen begleitet: Über 20.000 Menschen versammeln sich, um gegen die US-Klimapolitik, aber auch für eine sozialverträgliche Umsetzung der EU-Osterweiterung zu demonstrieren. Bei Ausschreitungen schießt die Polizei scharf und nimmt rund 570 Menschen fest. Etliche werden angeklagt, einige zu Haftstrafen verurteilt. In Skandinavien schädigen die Tumulte das Image der Globalisierungskritiker nachhaltig.

### Genua

Einen vorläufigen Höhepunkt erreicht die Protestbewegung im italienischen Genua: Zum Treffen der G7-Staaten (USA, Kanada, Deutsch-

land, Frankreich, Spanien, Italien und Japan; Russland hat Beobachterstatus) vom 20. bis 22. Juli 2001 versammeln sich bis zu 200.000 Menschen, obwohl die italienischen Behörden Bahnhöfe sperren und falsche Informationen über vermeintlich ausgebuhte Züge verbreiten. Italiens Regierungschef und Medienzar Silvio Berlusconi verwandelt die Stadt in eine Festung. Es kommt zum Aufruhr. Ein Demonstrant wird von Karabinierern angeschossen und überfahren.

### New York, Washington

Als am 11. September 2001 drei Flugzeuge in das World Trade Center und das Pentagon krachen und die USA den »Krieg gegen den Terror« aus-

# Sicherheit und Protest

**Beim G8-Gipfel gibt's junge Polizisten auf beiden Seiten: Als Sicherheitskräfte – und als Mitglieder der Jungen Gruppe der GdP auf Seiten der DGB-Jugend. Christian Honnens fragte Sascha Göritz, was passiert, wenn sie aufeinandertreffen.**

**Soli extra: Inwieweit hat die Polizei mit Globalisierung zu tun?**

**Sascha Göritz:** Die Kriminalität wird immer internationaler. Ob als Internetkriminalität oder bandenmäßiger Autodiebstahl, bei dem die Täter nur kurz einreisen und dann wieder verschwinden. Das macht unsere Arbeit nicht einfacher. Aber daher wachsen ja auch langsam die Sicherheitsbehörden in Europa zusammen.

**Die Kritik der Globalisierung gilt vor allem den unzureichenden Sozial- und Umweltstandards. Wie seid ihr da als Beschäftigte betroffen?**

Natürlich trifft uns die Globalisierung auch im sozialen Bereich. Die Beschäftigten der Polizei mussten viele Sparmaßnahmen über sich ergehen lassen. Da können wir nachvollziehen, wie sich Lohndumping auswirkt. Ich denke aber auch, dass wir zukünftig häufiger mit Opfern des Lohndumpings zu tun haben. Etwa einer, der mehrere Jobs nach-

einander macht, schnell von A nach B muss. Dabei zu schnell fährt und dann vielleicht den Führerschein verliert, den er braucht. Ein kleiner Fall, der aber beschreibt, was gesellschaftlich auf uns zukommt.

**Als Gewerkschaftsjugend seid ihr globalisierungskritisch. Müsste es nicht für einige der Mitglieder heißen: Gegen Globalisierung – auf nach Heiligendamm, zu den Protesten?**

Für uns als Polizei ist das natürlich neben den jährlichen Castor-Transporten das herausragende Ereignis im Jahr 2007. Ich vermute sicherlich kein Geheimnis, dass nach aktuellem Planungsstand bis zu 12.000 zumeist junge Kolleginnen und Kollegen für den reibungslosen Ablauf der Konferenz sorgen. Als Junge Gruppe in der Gewerkschaft betreuen wir sie besonders, weil sie über mehrere Tage in Sammelunterkünften bleiben müssen. Da werden mal Ersatzzahnbürsten besorgt oder ein Capuccino vorbeigebracht.

**Die Gewerkschaftsjugend der Polizei wird also nur dienstlich dabei sein?**

Die meisten schon, aber einige unserer Aktiven werden wohl auch auf Seiten der DGB-Jugend präsent sein, entsprechend ihrer persönlichen Auffassung.

**Dann steht sich auf beiden Seiten – Sicherheit und Protest – die Gewerkschaftsjugend gegenüber.**

Als Polizei müssen wir unseren verfassungsmäßigen Auftrag ausführen und die Veranstaltung ermöglichen. Das heißt aber nicht, dass wir mit dem, was da passiert, inhaltlich übereinstimmen. Das machen wir als Jugend der Gewerkschaft der Polizei deutlich – etwa in gemeinsamen Broschüren mit der DGB-Jugend.

**Aber was passiert, wenn junge Leute aus der GdP, die dienstlich da sind, direkt auf andere aus der Gewerkschaft treffen, die den Gipfel verhindern wollen?**

Beide Seiten sollen und werden ihren Job machen. Und sich an die Regeln halten, die wir alle gemeinsam und gesellschaftlich getroffen haben – und das gilt natürlich für beide Seiten.

**Auf welcher wirst du stehen?**

Ich bleibe in Niedersachsen – dienstlich! Müsste ich nicht arbeiten, würde ich sicherlich bei den GdP-Betreuungsteams mitmachen und die eingesetzten Kolleginnen und Kollegen unterstützen.

**Auf beiden Seiten?**

Vielleicht, wahrscheinlich jedoch eher bei den GdP-Mitgliedern, die als Polizistinnen und Polizisten im Dienst sind. Aber noch mal: Das ist keine Absage an die Inhalte der Proteste. [\[5\]](#)

*Sascha Göritz ist Bundesjugendvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei (GdP).*



## GLOBALISIERUNGSKRITIK: CHRONIK (FORTS.)

rufen, erklären bürgerliche Medien die globalisierungskritische Bewegung für tot.

### Florenz

Das erste Europäische Sozialforum vom 6. bis 10. November 2002 hat 40.000 TeilnehmerInnen. Die sozialen Bewegungen beschließen eine europaweite Kampagne gegen GATS. Auf einer Großdemonstration protestieren rund 50.000 Menschen gegen Krieg und ein neoliberales Europa. Attac Deutschland initiiert gemeinsam mit Schweizer Organisationen die Gründung des Tax Justice Network, das heute in über 20 Ländern präsent ist. Auch das ESF etabliert sich und findet nun regelmäßig statt.

### Cancun

Die WTO-Ministerkonferenz vom 5. bis 14. September 2003 sollte eigentlich die Welthandelsrunde von Doha zu Ende bringen, sprich: den freien Welthandel vorantreiben. Die Konferenz scheitert aber, weil sich die Länder des Südens nicht über den Tisch ziehen lassen wollen – und erstmals auch gemeinsam handeln. Rund 20.000 KritikerInnen waren angereist, um ihren Forderungen Ausdruck zu verleihen, darunter zahlrei-

che Gruppen von mexikanischen Bauern, die gegen die Patentpolitik der WTO protestieren.

### Berlin, Köln, Stuttgart, Rom, Paris

Rund eine Million Menschen in Deutschland, Frankreich und Italien beteiligen sich am 3. April 2004 an europaweiten dezentralen Kundgebungen gegen die europäische und nationale Sozialabbaupolitik. Aufgerufen haben neben den Gewerkschaften auch globalisierungskritische Gruppen, die zeigen wollen, dass Privatisierung und Sozialabbau in Europa auch zu den Folgen neoliberaler Globalisierung gehören.

### Gleneagles

Der G8-Gipfel im schottischen Gleneagles vom 6. bis 8. Juli 2005 soll nach dem Willen von Gastgeber Tony Blair, dem britischen Premier, ein Hilfsprogramm für Afrika beschließen. Dabei geht es vor allem um Schuldenerlass für die ärmsten Länder. Das Konzept geht KritikerInnen nicht weit genug. Sie treffen sich parallel zum Gegengipfel im schottischen Edinburgh, von wo aus Blockadeaktionen vor dem Marinestützpunkt, Proteste vor der Ölraffinerie und um den Tagungsort organisiert werden.

Eine Reihe terroristischer Anschläge am 7. Juli 2005 in London überschatten den Gipfel.

### St. Petersburg

Vom 16. bis 18. August 2006 findet im russischen St. Petersburg der G8-Gipfel statt. Dort sollen vor allem die Voraussetzungen geschaffen werden, die Verhandlungen zur Welthandelsrunde wieder aufzunehmen. Aufgrund der restriktiven russischen Sicherheitsmaßnahmen kommen nur rund 1.400 TeilnehmerInnen zum Gegengipfel. Bei Protesten, an denen mehr Menschen teilnehmen, werden fast 600 festgenommen, von denen ein Großteil wegen »Fluchens in der Öffentlichkeit oder Grobheit gegenüber Polizisten« zu mehrtägigen Gefängnisstrafen verurteilt wird.

### Heiligendamm

Vom 6. bis 8. Juni 2007 kommen die G8 zu ihrem jährlichen Treffen ins ostdeutsche Heiligendamm. Auf der Agenda stehen der Klimawandel, geistige Patente, die Regulierung der Finanzmärkte und Afrika. Die Gewerkschaften möchten auch das Thema »Decent Work« behandelt wissen. [\[5\]](#)

# Ein rasantes Projekt

**Warum »Gute Arbeit«? Über ein zeitgemäßes Konzept.**

**K**limapolitik, Afrika, die Kontrolle der internationalen Finanzmärkte: Auf der Tagesordnung der G 8 stehen jede Menge hochspannende und schwierige Themen. Und was wollen die Gewerkschaften zu ihrem Schwerpunkt machen? »Gute Arbeit«? Können die gar nicht über den eigenen Tellerrand gucken?

Das Gegenteil ist der Fall: Ohne ein globales Konzept, wie allen Frauen und Männern Zugang zu einer menschenwürdigen und produktiven Arbeit in Freiheit, Gerechtigkeit, Sicherheit und menschlicher Würde verschafft werden kann, geht auch in den anderen Bereichen gar nichts. Denn ein solches Konzept ist gleichbedeutend mit einem konkreten gesellschaftlichen Wandel hin zu einer besseren Welt.

Von den 2,8 Milliarden Erwerbstätigen weltweit lebt jeder zweite von weniger als zwei US-Dollar (umgerechnet etwa 1,54 Euro) pro Tag. 500 Millionen müssen sogar mit weniger als einem US-Dollar pro Tag auskommen. Arbeitslosigkeit, Zwangsarbeit und informelle, prekäre Arbeit prägen den Alltag längst nicht mehr nur in den Entwicklungs- und Schwellenländern (siehe Seite 12). Auch in den Industriestaaten nehmen diese Phänomene zu (siehe Seite 13). Trotzdem spielt Beschäftigungspolitik keine große Rolle in der internationalen politischen Agenda.

**Nur ein Beispiel:** die Armutsbekämpfung. Es genügt nicht, Entwicklungshilfe zu leisten oder abzuwarten, dass sich internationale Unternehmen ansiedeln, wenn man die Armut tatsächlich und nachhaltig bekämpfen will. Es muss auch ein Rahmen geschaffen werden, der ein günstiges Umfeld für eine lokale nachhaltige Wirtschaft schafft – und der die Arbeitenden schützt, indem er ihnen durchsetz- und kontrollierbare Rechte gibt. Dass das eine schwierige Aufgabe sowohl für die Politik als auch für die Gewerkschaften ist, zeigen exemplarisch die aktuellen Entwicklungen in China. Hier plant die Regierung ein neues Arbeitsrecht, gegen das ausgerechnet die internationalen Konzerne Sturm laufen, die sich ansonsten das derzeit moderne Schlagwort der Unternehmensverantwortung auf die Fahne geschrieben haben (siehe Seite 9).

Die Vorarbeit zu einem Konzept der

»Guten Arbeit« hat die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) geleistet, in der Vertreter aus Regierungen, Gewerkschaften und Arbeitgeberorganisationen zusammenarbeiten. Sie ist eine Sonderorganisation der Vereinten Nationen (UN) und sitzt deshalb auch in Genf. Sie hat 180 Mitgliedsstaaten. In ihrem wichtigsten Organ, der Internationalen Arbeitskonferenz, die die Beschlüsse fällt, sind die Länder mit je vier Delegierten vertreten: zwei Vertreter der Regierung, ein Gewerkschafter und ein Arbeitgebervertreter. Die ILO arbeitet rechtsverbindliche Übereinkommen aus, die dann in den Mitgliedsländern ratifiziert werden müssen.

Dabei handelt es sich um Arbeitsnormen, die die Prinzipien und Rechte in der Arbeitswelt regeln. Oft werden sie durch Empfehlungen ergänzt. Wie bei so vielen internationalen Organisationen fehlt der ILO jedoch ein Instrumentarium, um eine Nichtumsetzung tatsächlich zu sanktionieren. Die einzige Kontrolle ist ein regelmäßiger Bericht, den die einzelnen Länder in Genf abzuliefern haben.

**Die bekanntesten** und wichtigsten ILO-Normen sind die so genannten Kernarbeitsnormen. Dazu gehören das Recht auf Vereinigungsfreiheit und Kollektivverhandlungen, die Beseitigung der Zwangsarbeit, die Abschaffung der Kinderarbeit und das Verbot der Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf. Um wenigstens für diese vier Prinzipien Sanktionsinstrumente zu haben, drängen vor allem Gewerkschafter, inzwischen aber auch mehr und mehr Politiker darauf, die Kernarbeitsnormen in die Welthandelsorganisation aufzunehmen, der ein entsprechender Apparat zur Verfügung steht.

1999 hat die ILO sich selbst ein Leitbild gegeben, das sie »Decent Work Agenda« nannte – auf Deutsch: »Arbeitsprogramm hin zu »Guter Arbeit««. Es fordert die Umsetzung und Förderung der Kernarbeitsnormen, menschenwürdige Beschäftigungsmöglichkeiten mit ausreichendem Einkommen, sozialen Schutz im Arbeitsleben, also Schutz vor Arbeitsunfällen, gegen Risiken wie Krankheit, Invalidität, Arbeitslosigkeit und Alter, sowie die Stärkung des Dialogs zwischen den Sozialpartnern.

Inzwischen hat »Gute Arbeit« – wenig



**Kernarbeitsnormen: Angepackt!**

Foto: Christoph Goeden / laif

beachtet von der Öffentlichkeit – eine rasante Karriere erfahren. Vor allem die ILO selbst hat Einzelgänger zu verschiedenen Aspekten herausgegeben. Dazu gehören ein Bericht zu Zwangsarbeit weltweit aus dem Jahr 2005 (siehe Seite 13) und eine Agenda zu HIV/AIDS am Arbeitsplatz (Seite 11) im Jahr 2006.

## Bei der Durchsetzung

der Kernforderung nach Vereinigungsfreiheit, also der Möglichkeit, Gewerkschaften zu bilden, hat die ILO ebenfalls einen Erfolg verzeichnet. Seit dem vergangenen Jahr gibt es auch in Kolumbien ein ILO-Büro (Seite 10). Das ist deswegen bemerkenswert, weil Kolumbien für Gewerkschafter das gefährlichste Land der Welt ist. Allein 2006 wurden 78 Kollegen ermordet und viele hundert ernsthaft bedroht.

Die folgenden Seiten und Artikel zeigen beispielhaft, wie umfassend und ambitioniert das Projekt »Gute Arbeit« ist, wie vieler Puzzleteile es bedarf – und wie schwierig es ist, »Gute Arbeit« und »Gute Ausbildung« nicht nur zu definieren, sondern vor allem auch durchzusetzen.

Infos: [www.ilo.org](http://www.ilo.org)

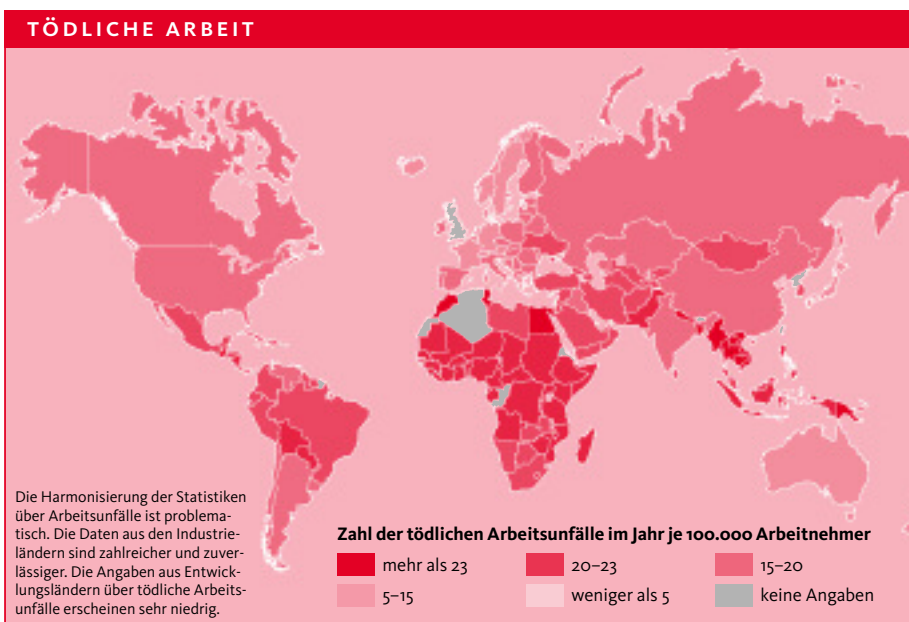
# Würde ist: Soziale Sicherheit

»Decent Work« lautet das Programm der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO): Jobs zu schaffen, reicht nicht. Sie müssen menschenwürdig sein.  
Von **Nicola Liebert**

**D**as wichtigste Ziel der ILO ist es heute, Männern und Frauen die Chance zu geben, menschenwürdige und produktive Arbeit zu finden.« So beantwortet der Generaldirektor der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), Juan Somavia, die Frage nach den Aufgaben der Organisation.

»Decent Work Agenda« heißt auch das Programm, das sich die ILO 1999 selbst gegeben hat. Der deutsche Begriff »menschenwürdige Arbeit« ist dabei nur eine annähernde Übersetzung des englischen »decent work«. Denn es geht um mehr als die Frage der Würde. Die Agenda ist auf vier strategische Ziele ausgerichtet: die Durchsetzung von sozialen Mindeststandards weltweit, die Schaffung menschenwürdiger Beschäftigungsmöglichkeiten mit ausreichendem Einkommen, die Stärkung der sozialen Sicherheit und des Dialogs zwischen den Sozialpartnern.

Hinter der »Decent Work Agenda« steckt folgende Überlegung: Die Einhaltung der von der ILO formulierten Kernarbeitsnormen »Verbot von Kinder- und Zwangsarbeit, Diskriminierungsverbot und Vereinigungsfreiheit« sowie anderer Arbeitneh-



merrechte ist nur dann möglich, wenn die Menschen überhaupt Arbeit haben. Ohne Arbeit und damit auch Einkommen gibt es für die Menschen in vielen Ländern dieser Welt weder soziale Sicherheit noch menschliche Würde.

**Beschäftigungspolitik** rückt erstmals ins Zentrum der ILO-Aktivitäten. Die »Decent Work Agenda« ist damit ein wesentlich weiter gefasstes Konzept als die Idee der sozialen Verantwortung der Unternehmen (Corporate Social Responsibility oder kurz CSR), die für viele da einfach aufhört, wo es um

den Erhalt oder gar die Schaffung von Arbeitsplätzen geht.

Falsch wäre es aber zu glauben, Arbeit zu schaffen würde schon von selbst die Probleme beheben. Eine am Ziel der Beschäftigungsschaffung ausgerichtete Politik darf keinesfalls verwechselt werden mit Beschäftigung um jeden Preis. Es darf nicht zu einem *race to the bottom* kommen, zu einem Wettlauf nach unten, in dem mit immer niedrigeren Löhnen und schlechteren Arbeits- und Sozialbedingungen Investoren angelockt werden.

Die Schaffung menschenwürdiger Arbeit ist nach Überzeugung der ILO ein entscheidender Beitrag zur Armutsbekämpfung. Die Organisation setzt sich dafür ein, »Decent Work« zum Kernstück der globalen und nationalen Strategien für wirtschaftliche Entwicklung zu machen.

**Leider fehlt dieser Punkt** auf der Liste der Millenniums-Entwicklungsziele der Vereinten Nationen, doch auch hier hat ein Umdenken mittlerweile stattgefunden. Der Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen (ECOSOC) hat sich im Juli 2006 ausdrücklich für die Schaffung produktiver und menschenwürdiger Arbeit für alle ausgesprochen. Dies sei »entscheidend für die Beseitigung von Hunger und Armut, die Verbesserung des wirtschaftlichen und sozialen Wohlergehens der Menschen, für dauerhaftes Wirtschaftswachstum und nachhaltige Entwicklung sowie für eine gerechte Globalisierung«, heißt es in der Abschlusserklärung der Tagung in Genf. [\[5\]](#)

Nicola Liebert ist Pressereferentin der ILO Deutschland.

## IGB-KAMPAGNE

### »Decent Work«

Der Lage auf dem globalen Arbeitsmarkt ist schlecht, und sie wird immer brisanter: Mindestens 12,3 Mio. Menschen werden weltweit unter sklavenähnlichen Bedingungen zur Arbeit gezwungen, 200 Mio. Kinder unter 14 Jahren gehen zur Arbeit statt zur Schule, mehr als 2,2 Mio. Menschen sterben nach Arbeitsunfällen oder weil sie von der Arbeit krank geworden sind. Hunderttausende verlieren ihre Jobs und ihre Existenz, weil sie versuchen, sich gewerkschaftlich zu organisieren, Tausende werden deshalb eingesperrt oder gefoltert, mehr als 100 jedes Jahr ermordet.

85 Mio. Jugendliche sind arbeitslos oder können nicht von ihrem Lohn leben. Bis zu 93% aller Jobs für junge Menschen fallen in den informellen Sektor, wo sie um fast 45% schlechter bezahlt werden als wenn sie regulär beschäftigt wären. »Nicht jeder Job ist ein guter Job«, hieß es deshalb in einer Erklärung des IGB

auf dem Weltsocialforum in Nairobi. »Decent Work ist der Schlüssel zu einer Gesellschaft, die auf Prinzipien wie Arbeitnehmerrechten, der Schaffung von Arbeitsplätzen, Gleichheit von Frauen und Männern sowie sozialer Sicherheit beruht.«

Gemeinsam mit Global Progressive Forum und Social Alert, internationalen Vereinigungen von sozialen und Menschenrechtsorganisationen, und Solidar, einer Allianz von NGOs, hat der IGB deshalb im Januar 2007 die Kampagne »Decent Work For A Decent Life« gestartet.

Im Mittelpunkt stehen Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit. Ziel ist, bei Entscheidern und in der Bevölkerung ein Bewusstsein für das Thema zu schaffen und »Decent Work« zum Kernpunkt von Entwicklungs-, Wirtschafts-, Sozial- und Menschenrechtspolitik zu machen. [\[5\]](#)

Infos: [www.ituc-csi.org](http://www.ituc-csi.org), Kontakt: [Kristian.Weise@ituc-csi.org](mailto:Kristian.Weise@ituc-csi.org), »Decent Work For All Young People« – Positionspapier des ITUC-Jugendkomitees: [www.dgb-jugend.de/doc1120376A.html](http://www.dgb-jugend.de/doc1120376A.html)



# Kollektiver Schutz

»Gute Arbeit« heißt: Angemessener Lohn. Chinas neues Arbeitsrecht. Von **Jutta Lietsch**

**W**ir sind 1.000 Meilen gereist, um in Peking zu arbeiten. Wir verlangen unseren Lohn. Das ist nicht gerecht«, verkünden schwarze Schriftzeichen auf großen weißen Papierbögen, die eine Gruppe von 15 Männern schweigend vor sich halten.

Die Demonstranten haben sich in der Mittagszeit vor der Einfahrt zur Großbaustelle an der Pekinger Sanlitun-Straße aufgereiht, auf der in atemberaubender Geschwindigkeit ein neues Geschäftsviertel mit Kaufhäusern, einem Hotel und Restaurants in die Höhe wächst.

Der Grund des Protestes: Die Bauarbeiter, die das Erdreich ausgeschachtet, Fundamente gegossen und Mauern hochgezogen haben, warten seit September auf ihr Geld. »Die Firma will nicht zahlen. Sie schuldet 3.000 Kollegen noch drei Millionen Yuan (300.000 Euro)«, sagt einer.

Ihnen geht es nicht alleine so. Allerorten fordern chinesische Arbeiter vor allem in den Tagen vor dem Frühlingsfest am 18. Februar ihre Löhne ein, die ihnen von ihren Firmen entweder überhaupt nicht oder nur zum Teil ausgezahlt wurden. Zum Fest wollen sie alle in ihre Heimat zurückkehren – mit dem für die Familie verdienten Geld.

**Die Männer und Frauen vom Lande** – ihre Zahl wird inzwischen auf bis zu 200 Millionen geschätzt – sind das Rückgrat der chinesischen Wirtschaft, die über zehn Prozent jährlich wächst. Und sie sind zugleich rechtlos und schwach. Anders als städtische Arbeiter und Angestellte haben die meisten von ihnen nicht einmal einen Arbeitsvertrag.

Um Konflikte wie die in der Sanlitun-Straße zu verhindern, will die Regierung die Rechte der Arbeiter fortan besser schützen. Zu riskant sind die Proteste für die politische Stabilität. Die Führung bereitet derzeit ein neues Arbeitsvertragsgesetz vor, das für alle Beschäftigten gelten soll.

Dazu zählen die Mehrheit (90 Prozent) der Arbeitskräfte, die in chinesischen staatlichen und privaten Firmen arbeiten, sowie die zehn Prozent (etwa 25 Millionen Chinesen) in Unternehmen, die ganz oder teilweise in ausländischer Hand sind.

Der Entwurf regelt unter anderem Kündigungsfristen und Abfindungszahlungen. Er stärkt bei Entlassungen die Mitsprache

der Gewerkschaften und legt die Länge der Probezeit fest, in der ein Arbeitnehmer ohne Abfindung gefeuert werden darf. Bei Kündigungen soll in Zukunft der Betriebsrat informiert werden. Einer Massenentlassung von mehr als 50 Beschäftigten muss die Gewerkschaft zustimmen.

Das geplante Gesetz stößt bei ausländischen Managern in China auf Kritik. Sie fürchten, die neuen Paragraphen könnten es dem Allchinesischen Gewerkschaftsbund (ACGB) als verlängertem Arm der Kommunistischen Partei ermöglichen, sich in die Führung ausländischer Betriebe einzumischen.

**Robin Munro**, langjähriger Beobachter Chinas und Mitarbeiter des kritischen Hongkonger »China Labour Bulletin« ist ebenfalls skeptisch, wenn auch aus einem ganz anderen Blickwinkel: »Natürlich ist jedes Gesetz zu begrüßen, das die Arbeiter angesichts der desolaten Lage besser schützen soll«, sagt er. Allerdings fehle es in China nicht an guten Gesetzen. Munro: »Das Problem ist, dass sich niemand um sie schert.«

So sei der ACGB in den meisten nicht-staatlichen Unternehmen gar nicht vertreten. »Wie überall auf der Welt aber brauchen die Beschäftigten den kollektiven Schutz, das Recht, sich selbst zu organisieren und die eigenen Interessen zu vertreten.«

Doch das wird auch das neue Gesetz nicht bringen. Unabhängige Gewerkschaften bleiben verboten. Wer eine Arbeitervertretung organisiert, muss sie als Filiale

des ACGB registrieren lassen, wenn er keinen Ärger bekommen will. Bleibt den Arbeitern also nur der öffentliche Protest, um sich Recht zu verschaffen. Wenn chinesische Zeitungen – oder sogar ausländische Journalisten – ihren Fall aufgreifen, hoffen auch die Arbeiter in der Sanlitun-Straße, werde die Regierung ihre Firma zwingen, die ausstehenden Löhne zu zahlen. Sicher ist das jedoch keineswegs. **S**

*Jutta Lietsch ist Journalistin in Peking.*



Foto: Dominik Butzmann / laif

## CORPORATE SOCIAL RESPONSIBILITY

### Doppelzüngige Konzerne

Multinationale Konzerne haben das Konzept der Corporate Social Responsibility (CSR) entdeckt. Es wird auch als Handeln der Unternehmen als Bürger oder Teil der Gesellschaft beschrieben. Vor allem in Deutschland wird CSR gern mit nachhaltigem unternehmerischen Handeln gleich gesetzt, das soziale und ökologische und ökonomische Auswirkungen berücksichtigt. Dabei gibt es jedoch selten Gesamtkonzepte, sondern meist nur Einzelprojekte, bei denen Instrumente wie Sozial-, Sport- und Umweltsponsoring, Spendenaktionen oder Mäzenatentum eingesetzt werden. Für viele Unternehmen läuft CSR denn auch vor allem als Imagemaßnahme.

In der Debatte ist deshalb, inwieweit es auch für CSR gemeinsame Standards oder gesetzliche Rahmenbedingungen geben sollte.

Die Unternehmensverbände wehren sich allerdings gegen jede Form von Eingriff. Sie wollen allein entscheiden, wann und wem sie Gutes tun – und dafür auch den Ruhm einheimen.

Ein Beispiel sind die stockenden Verhandlungen über eine neue ISO-Norm für Arbeitsrechte, an der die International Standard Organisation in Genf seit 2004 arbeitet. Die UN-Organisation würde gern festlegen, dass nur Unternehmen ISO-zertifiziert werden, die dieselben Sozial- und Umweltstandards für alle ihre Zweigwerke und Tochterunternehmen akzeptieren. Die Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände (BDA) fordert dagegen Ausnahmen für Länder wie China, Bangladesch oder Myanmar.

Mit dem ISO-Zertifikat könnten die Unternehmen nicht nur werben, es könnte auch bei Ausschreibungen von öffentlichen Aufträgen zur Bedingung für die Teilnahme gemacht werden. **S**

# Hoffnung für Gewerkschafter

»Gute Arbeit« heißt: Vereinigungsfreiheit. Inmitten von Krieg und Sozialabbau eröffnet die ILO ein neues Büro in Bogotá. Von **Gerhard Dilger**

In Kolumbien werden jedes Jahr mehr Gewerkschafter ermordet als in der restlichen Welt«, sagt Marcelo Castro Fox. Der erfahrene UNO-Funktionär leitet seit Januar 2007 das Büro der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) in Bogotá. »Die Eröffnung unseres Büros ist ein Hoffnungszeichen für die hiesigen Gewerkschaften«, meint der Argentinier. Regierung, Unternehmer und Gewerkschaften hatten sich im Juli 2006 gemeinsam an die ILO gewandt.

Dass es überhaupt zu dieser gemeinsamen Aktion kam, obwohl sich die Regierung noch Monate zuvor heftig dagegen gewehrt hatte, hängt ausgerechnet mit der Unterzeichnung eines Freihandelsabkommens mit den USA zusammen. »Die Regierung hat schließlich eingelenkt, um im Gegenzug die Zustimmung der demokratischen Abgeordneten im US-Kongress zu bekommen«, berichtet Fabio Arias, stellvertretender Vorsitzender des kolumbianischen Gewerkschaftsdachverbandes CUT. Die Demokraten, die den US-amerikanischen Gewerkschaften näherstehen, sehen die neoliberalen Freihandelsabkommen zwischen den USA und Ländern des Südens traditionell skeptischer.

Arias beklagt aber auch, dass sich die Regierung des rechten Präsidenten Álvaro Uribe gegenüber dem neuen ILO-Büro nicht sehr kooperativ zeige. »Anstatt das Großprojekt zur Gewerkschaftsfreiheit zu unterstützen, möchte sie lieber Gelder für die Wiedereingliederung ehemaliger Paramilitärs in die Gesellschaft bereitstellen.«

Der über 40-jährige Mehrfrontenkrieg in Kolumbien erklärt auch die besonders kritische Lage, in der sich die kolumbianischen GewerkschafterInnen befinden. Seit Mitte der achtziger Jahre wurden rund 4.000 ermordet.

In den letzten Jahren ist die Gewalt selektiver geworden. »Doch allein 2006 wurden noch 78 unserer Kollegen ermordet und etwa 300 bedroht«, sagt Fabio Arias. Im Vorjahr waren es 70, davon 44 aus dem Bildungsbereich. Die meisten Morde gehen auf das Konto der rechtsextremen Paramilitärs,

die oft mit den Polizei- oder Militäreinheiten zusammenarbeiten. Aber auch die mächtige FARC-Guerilla ist bisweilen nicht gut auf Aktivisten zu sprechen, vor allem, wenn sie sich für eine Stärkung der zivilen Akteure im bewaffneten Konflikt einsetzen.

Fast nie werden die Mörder überführt oder gar verurteilt. Nur 376 der über 4.000 Morde zwischen 1986 und 2002 kamen vor die Justiz, in gerade fünf Fällen wurden die Täter verurteilt. »Gewerkschaftsfreiheit kann nur ausgeübt werden, wenn die Grundrechte, besonders das auf Leben und persönliche Sicherheit, voll respektiert und garantiert werden«, stellt die ILO fest.

Darüber hinaus wird die Bildung und die Handlungsfreiheit von Gewerkschaften in Kolumbien durch Gesetze empfindlich eingeschränkt. Die seit 1990 gezielt vorangetriebene Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse ist ebenfalls gewerkschaftsfeindlich. Regierungs- und Justizbehörden ergreifen meist Partei für die Unternehmer, wiederholt wurde das Streikrecht eingeschränkt. 2004 waren gerade 1,2 Prozent aller kolumbianischen ArbeiterInnen durch ein Tarifabkommen abgesichert, nicht einmal jeder zwanzigste Arbeiter ist gewerkschaftlich organisiert.

Besonders gefährlich leben GewerkschafterInnen in Nordkolumbien, wo die Paramilitärs zahlreiche staatliche Institutionen unterwandert haben. Dort wurden auch Aktivisten mehrerer Coca-Cola-Abfüllfabriken ermordet. Es zirkulieren Todeslisten von Aktivisten, die sich öffentlich gegen die Paramilitarisierung der Gesellschaft wehren.

Einer von ihnen ist Domingo Tovar Arrieta, der Leiter der CUT-Menschenrechtsabteilung in Corozal. Nicht nur er, sondern auch seine Mutter hat Morddrohungen auf offener Straße erhalten. Seit 2003 wurde Tovar Arrieta immer wieder bedroht, monatelang wurde er fast täglich von Unbekannten in Fahrzeugen ohne Nummernschilder beobachtet und verfolgt. Mittlerweile ist er einer von acht Gewerkschaftern, denen die Regierung Leibwächter zur Verfügung gestellt hat.

»Es herrscht ein Klima der Angst«, berichtet CUT-Vizepräsident Fabio Arias. »Und die neoliberale Regierung Uribe treibt den Sozialabbau voran.« Nach dem Vorbild Chiles wolle sie das öffentliche Institut der Sozialversicherung abschaffen, über das drei Millionen Arbeiter versichert

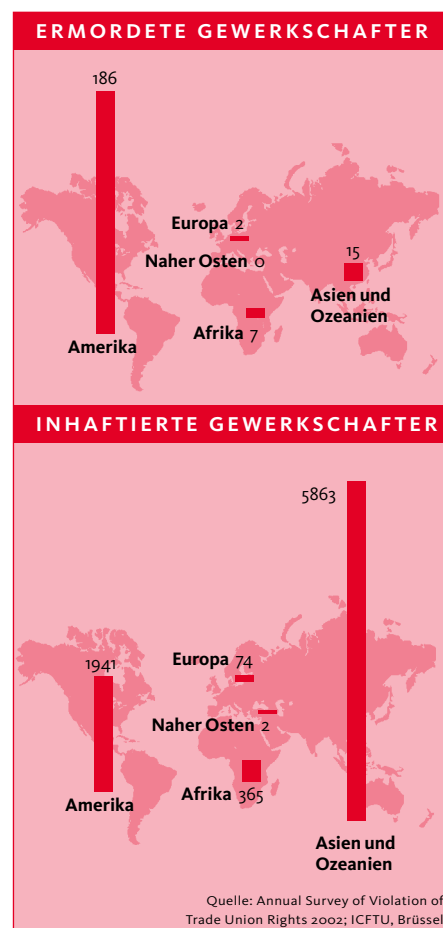
sind. »5.600 Angestellte würden ihre Arbeit verlieren.«

Internationale Beobachter wie Marcelo Castro Fox vom ILO-Büro können dazu beitragen, dass die Einschränkungen der Gewerkschaftsfreiheit in Einzelfällen zurückgehen. Ein Fünf-Millionen-Dollar-Projekt zu diesem Thema, das die Regierung mitfinanziert, weist in diese Richtung. Doch die Erfahrung der anderen UNO-Büros in Bogotá zeigt auch, dass diese weitgehend machtlos sind, so lange der Krieg anhält. Ihre kritischen Berichte über die Menschenrechtslage haben letztlich nicht verhindert, dass die kolumbianischen Regierungen den offenen oder – im Falle der EU – eher diskreten Rückhalt des Westens behalten haben.

»Es muss vor allem Druck auf Uribe und die USA ausgeübt werden«, sagt Arias. Erst mit einem Ende des Krieges könnte sich auch in Kolumbien die Chance für eine soziale Wende wie in anderen Ländern Südamerikas eröffnen. [5]

[www.solidaritycenter.org](http://www.solidaritycenter.org)

Gerhard Dilger ist Journalist in Porto Alegre/Brasilien.



# Zur Arbeit statt zur Apotheke

»Gute Arbeit« heißt: **Gesundheitsschutz. In Südafrika findet die Bekämpfung der Immunschwächekrankheit HIV/Aids oft in den Firmen statt.**  
Von **Martina Schwikowski**

**D**as Testergebnis war für Moses Khumalo ein Schock. »Eine böse Überraschung«, schüttelt der 50-jährige den Kopf. Er erinnert sich noch zu gut an den Tag im Jahre 2002, als er sich zu einem Aids-test durchgerungen hatte. Schon einige Zeit zuvor fühlte er sich schwach, verlor an Gewicht und konnte kaum die wenigen Treppen zu seinem Büro in dem glitzernden, diamantenförmigen Wolkenkratzer in der Johannesburger Innenstadt hinaufsteigen. Er wusste, dass etwas nicht stimmt. Die Test-Diagnose »HIV-positiv« sei hart gewesen, sagt Khumalo.

Zuhause, im Township Soweto, fürchtete er sich zunächst vor Stigma und Geschwätz. Aber am Arbeitsplatz fühlte er sich sicher, hat sogar seinen Vorgesetzten und Mitarbeitern von seinem Zustand erzählt. Khumalo arbeitet in der Verwaltung bei AngloGold Ashanti, weltweit zweitgrößter Goldproduzent mit 21 Unternehmen in zehn Ländern auf vier Kontinenten. In Südafrika unterhält die Firma sieben Bergbauminen und drei Betriebe über Tage mit insgesamt 31.000 Mitarbeitern. Zu jeder Goldmine gehört auch eine Klinik. Dort erhalten Angestellte freiwillig Aids-Tests, Beratung und Anti-Aids-Medikamente.

»Soziale Verantwortung« steht für viele einheimische und internationale Firmen in Südafrika inzwischen im Mittelpunkt ihrer Kampagnen gegen die Aids-Epidemie, denn geschätzte 15 Prozent der südafrikanischen Arbeitskräfte sind mit dem tödlichen Virus infiziert, hinzu kommen täglich 1.700 neue Ansteckungen. Die meisten der Betroffenen sind im produktivsten Alter – zwischen 20 und 45 Jahre. Wenn sie alle ausfallen würden, wäre das ein beträchtlicher Schaden für die Unternehmen und die ganze Volkswirtschaft.

AngloGold begann mit seinen Aufklärungskampagnen bereits in den neunziger Jahren, als es in Südafrika noch keinen Zugang zu Aidsmedikamenten gab. Der Schwerpunkt lag auf freiwilligen, anonymen Tests nach dem Motto »Know your status«. Die Infektionsraten haben sich durch stärkere Teil-

nahme an den Tests über die Jahre erhöht. »Die ersten Tests in 2001 ergaben eine Rate von drei Prozent«, sagt James Steele, zuständiger Arzt in der Johannesburger Firmen-Klinik im Hauptsitz von AngloGold Ashanti. »Aber 2005 waren es 32 Prozent aller Arbeitnehmer, also etwa 10.000 Menschen, von denen wir wissen, dass sie den Virus tragen.« In den betriebseigenen Kliniken wissen 4.600 Arbeitnehmer, dass sie infiziert sind, davon nehmen 1.500 die Medikamente.

**Auch Khumalo** braucht inzwischen eine Anti-Aids-Therapie, die sein Immunsystem stärken soll. Sein »Virusanteil« im Blut hatte die hohe Zahl von über 150.000 Einheiten gestiegen, sagt James Steele. Das sind Immunzellen, die Krankheiten abwehren und bei gesunden Menschen zwischen 450 und 1.200 liegen. Doch Moses ist wieder fit, sein Virusanteil ist kaum messbar, nur sechs Wochen nach Einnahme der Medikamente, die AngloGold privat einkauft und für Angestellte umsonst bereithält.

Das hat ihn auch dazu bewogen, der Familie von seiner Krankheit zu erzählen. »Es kommt wirklich auf die Haltung jedes einzelnen an. Wenn sie sich abwenden, kann es einen zerstören. Und ich war so ärgerlich, dass ich den Virus habe, und dachte, mich selbst zu heilen, ist unmöglich.« Seine Frau allerdings weigert sich aus Angst immer noch, einen Aids-Test zu machen.

Aber Khumalo hat gelernt, dass er auf sich achten und seine Ernährung umstellen muss. »Jetzt kaufe ich bei den Straßenhändlern hier draußen mehr Obst für die Pausen, das ist billig, und esse öfter kleine Mahlzeiten.« James Steele, sein Arzt, nickt. Das beliebte südafrikanische Gericht »Pap and Vleis« (Maisbrei und Fleisch) könne er weiterhin essen, müsse es aber mit mehr Gemüse und Obst ausgleichen.

»Je mehr die Arbeitnehmer sehen, dass sie von den Tests und Behandlungen profitieren, desto weniger Stigma gibt es am Arbeitsplatz«, beschreibt Steele einen zunehmenden Trend in südafrikanischen Firmen.



Anti-Aids-Politik: Im Interesse der Arbeitnehmer (Logo der südafrikanischen Treatment Action Campaign gegen Aids)

Foto: Joao Silva / Gamma / laif

HIV/Aids ist keinesfalls nur eine Krankheit der Armen, es betrifft alle Hautfarben – und in höheren Einkommensgruppen verzeichnen neueste Untersuchungen sogar steigende Infektionsraten. »Verhaltensänderung ist schwer zu messen«, gibt Steele zu. Aber indirekt könnten Schlüsse gezogen werden, wenn immer mehr Angestellte sich an Tests beteiligen, der Kondomgebrauch steigt und mehr Freiwillige bei Aufklärungskampagnen mitmachen. AngloGold Ashanti arbeitet mit »peer educators«, freiwilligen Arbeitnehmern, die trainiert werden und in Workshops am Arbeitsplatz über Ansteckungsgefahren und insbesondere »Safe Sex« aufklären, aber auch in die Gemeinden der Minenarbeiter und Angestellten gehen.

Das AngloGold-Programm zeigt, dass »der Kampf gegen HIV/Aids ganz klar im Interesse sowohl der Arbeitnehmer als auch der Arbeitgeber liegt«, wie Sabine Beckmann vom ILO-Programm über HIV/Aids in der Arbeitswelt erklärt. Allerdings gibt es auch sehr viele Infizierte, die bislang nicht profitieren. Deshalb hat die ILO einen Leitfaden herausgebracht, den es seit letzten Herbst auch auf Deutsch gibt. Er soll einen Beitrag zur Bekämpfung der Epidemie und zur besseren Betreuung und Versorgung der Betroffenen leisten und gibt konkrete Richtlinien jeweils für Arbeitgeber und Gewerkschaften sowie Tipps für Betriebsstrategien zu HIV/Aids. Beckmann: »Zwei von drei Menschen mit HIV/Aids gehen jeden Tag zur Arbeit. Das macht den Arbeitsplatz zu einem entscheidenden Ansatzpunkt für Maßnahmen gegen HIV/Aids.«

Khumalo kann wieder voll arbeiten und geht mit positiver Einstellung zum Leben in sein Büro: »Ich denke gar nicht, dass ich Aids habe, ich nehme einfach nur meine Pillen.« □

Martina Schwikowski ist Journalistin in Johannesburg/Südafrika.

# SEWA: Mitgliedernah

»Gute Arbeit« heißt: Gleichberechtigung. Indien: Aufstieg einer Frauengewerkschaft.

**A**rbeit, die menschenwürdig ist – das ist in Indien ein besonderes Thema. Viele Aspekte der informellen Wirtschaft Indiens – das sind die Bereiche, in denen nichts schriftlich abgemacht wird, schlechte Bezahlung dominiert, es keine Regeln über Arbeitszeiten und Sicherheit gibt und wo die Arbeiten von den Ärmsten ausgeführt werden – fallen sogar gegenüber vergleichbaren Sektoren anderer Nationen auf: In Indien ist der informelle Bereich sehr groß und spielt eine entsprechend wichtige Rolle in der Ökonomie insgesamt. Das wird auch zunehmend in offiziellen Statistiken und in der Politik sichtbar.

**In Indien arbeiten** ca. 93 Prozent der Beschäftigten ohne Arbeitsvertrag und ohne jegliche soziale Absicherung. Krankheit, Unfall und Tod reißen die Familien oft in schwere Notlagen. Es ist kein Wunder, dass in Indien die weltweit größte Gewerkschaft informeller Arbeiterinnen ihren Ursprung hat: SEWA – Self-Employed Women's Association.

Die Gewerkschaft SEWA organisiert ausschließlich Frauen aus dem so genannten informellen Sektor: z.B. Bauarbeiterinnen,

Straßenhändlerinnen und Zigarettdreherinnen. Sie sind »self-employed«, d.h. sie arbeiten selbstständig. SEWA verhandelt mit Arbeitgebern, um wenigstens den Mindestlohn durchzusetzen. Mitglieder können sich bei SEWA für Krankheit, Unfall und Alter absichern. Weitere Aktivitäten umfassen Rechts- und Prozesshilfe und die Bereitstellung von Finanzierungsmöglichkeiten: Zur Zeit bieten etwa 530 Spar- und Kreditgruppen, die unter dem Dach von SEWA arbeiten, ländlichen Mitgliedern Zugang zu Spar- und Kreditmöglichkeiten.

Hilfe gibt es auch bei Ausbildung, Gesundheit, und Wohnungsbau. Und: SEWA qualifiziert die Mitglieder – meist Analphabetinnen – persönlich, beruflich und für die Gewerkschaftsarbeit.

**SEWA wurde 1971** in Gujarat gegründet – und ist seitdem eine als Gewerkschaft anerkannte Organisation von armen, selbstständig arbeitenden Frauen in Indien. Heute hat SEWA etwa 700.000 Mitglieder im ganzen Land. Zielsetzung ist die ganzheitliche Entwicklung der Mitglieder, insbesondere die Stärkung ihrer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Stellung, d.h. Beschäftigung und wirtschaftliche Unabhängigkeit der Frauen.

Das Konzept von SEWA wurzelt nicht von ungefähr in der Philosophie Mahatma

Ghandis, die die Selbstachtung und Würde in den Vordergrund stellt: Denn Ghandi sah in den Frauen Schlüsselfiguren des gesellschaftlichen Wandels. SEWA kämpft für ihre politischen Ziele als moderne, mitgliedernahe Organisation: kasten- und religionsübergreifend.



**2005 bekam SEWA** Besuch von der stellvertretenden DGB-Vorsitzenden Ingrid Sehrbrock – die einen Studienaufenthalt bei von der SEWA organisierten Bauarbeiterinnen in Ahmedabad absolvierte. Der DGB unterstützt SEWA in ihrem Anliegen, IGB-Mitglied zu werden.

Sehrbrock: »Diese Gewerkschaft ist sehr nah an den Mitgliedern: Ihr Angebot umfasst neben der Mitgliederqualifizierung und Organisation des informellen Sektors – hierzulande würde man von prekärer Beschäftigung sprechen – Versicherungen und Kleinkredite.«

Mittlerweile sehen sich angesichts des Ausmaßes die großen indischen Gewerkschaften genötigt, ebenfalls den informellen Sektor zu organisieren.

[www.sewa.org](http://www.sewa.org)

## FRAUEN IN DER GLOBALISIERUNG

### Einen Schritt vor, zwei Schritte zurück

Für die Emanzipation und Gleichberechtigung von Frauen ist die Globalisierung eine zweischneidige Angelegenheit. Einerseits ist ihr Anteil an den Erwerbstätigen insgesamt überall gestiegen, und sie verdienen auch besser als in der Vergangenheit. Andererseits sind diese Fortschritte, die es sowohl in den Industrieländern – hier schon seit den sechziger Jahren – als auch in den Entwicklungsländern gibt, hart erkämpft.

Damit stehen sie ständig unter dem Vorbehalt, auch wieder rückgängig gemacht zu werden. Zugleich ist der Prozess längst nicht überall gleich weit gediehen.

So heißt es im »Atlas der Globalisierung«, den die Zeitschrift »Le Monde Diplomatique« herausgebracht hat: »Auch innerhalb einzelner Länder, zwischen Stadt und Land sowie zwischen unterschiedlichen sozialen Gruppen be-

stehen Unterschiede. Die in Armut abseits der Zentren lebenden Frauen gehen nach wie vor nicht zur Schule, sind Analphabetinnen und haben keinen Zugang zu Verhütungsmitteln oder medizinischer Versorgung.«

Die vorherrschende Wirtschaftspolitik, wie sie auch innerhalb der Welthandelsorganisation und vom Internationalen Währungsfonds (IWF) propagiert wird, lässt nicht viel Gutes erwarten: Privatisierung und Sozialabbau in den Industrieländern trifft Frauen an erster Stelle, weil Kinderbetreuung, Altenpflege und andere Reproduktionsarbeiten in die Familien zurückverlagert werden. Dort werden sie vor allem von den Frauen übernommen, die dann entweder mit der doppelten Belastung Erwerbsarbeit und Familienarbeit klar kommen müssen oder aus dem Erwerbsmarkt ausscheiden.

Auch die Rentenreformen in vielen europäischen Ländern verschärfen die ohnehin vorhandenen Ungleichgewichte zwischen Männern und Frauen. Niedrigere Bezahlung und häufige-

re Teilzeitarbeit führen zu niedrigeren Renten und entsprechender Armut im Alter.

Zunehmende Armut gibt es auch in Osteuropa. Immer mehr Frauen suchen ihr Heil deshalb im westlichen Ausland, werden Opfer von Schlepperbanden oder zur Prostitution gezwungen. Viele arbeiten weit unterhalb ihrer Qualifikation, oft in Privathaushalten, wo es schwer für sie ist, ihre Rechte durchzusetzen.

In den Entwicklungsländern führen so genannte Strukturanpassungsprogramme von IWF und Weltbank dazu, dass Schulen und medizinische Versorgung privatisiert werden und dann Geld kosten. Auch hier sind die Mädchen und Frauen die ersten, die auf Behandlung und Bildung verzichten müssen – und damit auch auf die Chance, über Arbeiten im informellen Sektor hinauszukommen. Drei Fünftel der 115 Mio. Kinder auf der Welt, die nicht zur Schule gehen, sind Mädchen. Und zwei Drittel der 876 Mio. Erwachsenen, die weder lesen noch schreiben können, sind Frauen. 5

# Handelsware Mensch

»Gute Arbeit« heißt: Kampf gegen Zwangsarbeit. Europa als Markt für illegale Beschäftigung. Von **Kerstin Eschrich**

**D**ie UN-Sonderorganisation für internationale Arbeitsorganisation (ILO) definiert Zwangsarbeit als »jede Art von Arbeit oder Dienstleistung, die von einer Person unter Androhung irgendeiner Strafe verlangt wird und für die sie sich nicht freiwillig zur Verfügung gestellt hat«.

Untersuchungen der Organisation zufolge sind Zwangsarbeitsverhältnisse in Deutschland etwa im Sexgewerbe, bei Haushaltsdienstleistungen, in der Landwirtschaft, in der Gastronomie und bei Produktionsarbeiten in *sweat shops* verbreitet.

Allerdings geht die ILO davon aus, dass es in allen Wirtschaftszweigen mit illegaler Beschäftigung von ausländischen Arbeitnehmern einen gewissen Anteil Zwangsarbeit gibt. Genaue Zahlen liegen wegen des im illegalen Bereich angesiedelten Vorgehens nicht vor. In Deutschland engagieren sich u.a. die Gewerkschaften NGG und IG BAU gegen Zwangsarbeit, etwa bei Gastronomie und Gebäudereinigung.

**Zwangsarbeit** bedeutet aber nicht unbedingt, dass die ArbeitnehmerInnen bereits illegal eingereist sind oder verschleppt wurden. Viele werden mit falschen Versprechungen, versehen mit Touristenvisa oder anderen Reisedokumenten, nach Deutschland gelockt, wo sie arbeitsintensive, erniedrigende oder gefährliche Arbeiten verrichten müssen. Oftmals werden sie zudem sehr schlecht oder im schlimmsten Falle gar nicht bezahlt.

Die extremste Form der Zwangsarbeit geht einher mit Menschenhandel und findet unter sklavereiähnlichen Bedingungen statt. 80 bis 90 Prozent derjenigen, die darunter zu leiden haben, sind Frauen. Frauenhandel beschränkt sich aber nicht nur auf den Bereich der Prostitution. Daneben existieren sklavereiähnliche Praktiken auch in Zwangsehen oder in privaten Haushalten, wo Frauen als Pflegerinnen und Putzkräfte ohne irgendwelche Rechte arbeiten müssen. Für die meisten bedeutet eine Befreiung aus ihrer Zwangslage eine Abschiebung in ihre Heimat. Dort geraten viele erneut in den Teufelskreis von Armut, fehlender Ausbildung und vorgeblich verlockender Angebote aus dem Westen.

Diese Frauen, die vor allem aus Nicht-EU-Staaten kommen, sind in Deutschland rechtlich nur sehr unzureichend geschützt, obwohl die Nutznießer ihrer Ausbeutung oftmals Deutsche sind. Zwar können sie, wenn sie sich bereiterklären, in einem Prozess gegen ihre Peiniger auszusagen, mit einer Duldung über drei bis vier Monate, maximal einem Jahr, rechnen. Danach werden sie aber ohne Verzögerung abgeschoben.

»Während der Zeit des Wartens auf ihre Abschiebung dürfen die Frauen in Deutschland nichts tun. Dabei wäre es sehr hilfreich für sie, wenn sie eine Ausbildung absolvieren könnten. Eine Ausbildung im Westen gilt in den meisten Ländern immer noch sehr viel«, sagt

die Sozialarbeiterin Eva Gerschewski, die bei ONA in Berlin arbeitet. Der Verein unterstützt Frauen aus Mittel- und Osteuropa, die Gewalt in der Migration erfahren haben und von Frauenhandel betroffen sind.

Viele der Frauen, die ONA betreut, wollen zurück in ihre Heimat. Dort leben ihre Verwandten, Freunde und oft auch ihre Kinder, für deren Zukunft das erarbeitete Geld häufig verwendet werden soll. »Nur ganz junge Frauen ohne Kinder erhoffen sich im Westen eine Lebensperspektive. Die Frauen fahren nach Deutschland, obwohl sie davon gehört haben, dass dies die Gefahr mit sich bringt, in einem Zwangsarbeitsverhältnis zu landen. Aber sie nehmen dieses Risiko auf sich«, sagt Gerschewski.

**Zu ähnlichen Schlüssen** kommt auch La Strada, eine internationale Organisation, die u.a. gegen Frauen- und Menschenhandel in Tschechien tätig ist. In einer Studie zu dem Thema, die im vergangenen Jahr erschienen ist, beschreibt die Organisation einen bezeichnenden Paradigmenwechsel: Während Anfang der neunziger Jahre noch viele Tschechinnen und Tschechen Opfer von Frauen- bzw. Menschenhandel wurden, ist das Land mit dem wirtschaftlichen Auf-

schwung inzwischen selbst Zielland, in das Menschen aus dem Ausland gebracht werden. Die Menschen – meistens handelt es sich um Frauen, die in Tschechien unter Zwangsarbeit zu leiden haben – kommen mehrheitlich aus den Nachfolgestaaten der Sowjetunion und aus Zentral- und Südostasien.

Die Motivation, ihre Heimat zu verlassen war bei nahezu allen, die von La Strada befragt wurden, identisch: Sie wollten mit dem erarbeiteten Geld ihre Familien zu Hause unterstützen. Meistens handelte es sich allerdings um andere Arbeiten, als ihnen in der Heimat angeboten worden waren, oder um unzumutbare Arbeitsverhältnisse. Körperliche Gewalt spielt nach Aussagen der Befragten oft eine Rolle, wenn die Menschen gezwungen werden, diese Arbeiten zu verrichten. Frauen sprechen von Ver-

gewaltigungen bereits auf der Reise nach Tschechien. Viele werden auch psychisch unter Druck gesetzt oder sie müssen Schulden abarbeiten, die ihnen für die Reise, Unterkunft usw. auferlegt wurden.

**...Mit dem erarbeiteten Geld ihre Familien zu Hause unterstützen.**



Haushaltsdienstleistungen: Manchmal nicht korrekt

Foto: J. Delorme / Decent Work Calendar 2007

Den Autoren der La Strada-Studie zufolge leistet der unsichere Aufenthaltsstatus vieler MigrantInnen deren Ausbeutung zwingend Vorschub, da sie deshalb nicht in der Lage seien, ihre Rechte wahrzunehmen. Erschwerend komme hinzu, dass der Fokus der Öffentlichkeit vor allem darauf gerichtet ist, diese Menschen wegen Verletzung der Migrationsgesetze zu bestrafen anstatt sie zu schützen. [S](#)

Infos: ONA e.V., Arbeitsgemeinschaft zur Wahrung der Interessen von Frauen aus Mittel- und Osteuropa, Oranienstraße 34, 10999 Berlin, E-Mail: [ona-berlin@web.de](mailto:ona-berlin@web.de), [www.ona-berlin.de](http://www.ona-berlin.de)

# Lexikon der Globalisierung

## Glossar: Die wichtigsten Abkürzungen.

### Attac

Attac versteht sich als Netzwerk, in dem sowohl Einzelpersonen als auch Organisationen, die der Globalisierung kritisch gegenüber stehen, aktiv sein können. In Deutschland gehören zirka 150 Organisationen Attac an, darunter Gewerkschaftsverbände, BUND, Pax Christi und viele entwicklungspolitische und kapitalismuskritische Gruppen.

Das Netzwerk grenzt sich gegen »Rassismus, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit, Chauvinismus und verwandte Ideologien« ab sowie gegen wirtschaftlichen Neoliberalismus. Ursprünglich kommt die Idee für Attac aus Frankreich, wo sich das Netzwerk 1998 unter dem Titel »Association pour une Taxation des Transactions financières pour l'Aide aux Citoyens«, auf Deutsch: »Verein für eine Besteuerung von Finanztransaktionen zum Wohle der Bürger« gründete. Die Einführung der so genannten Tobin-Tax ist immer noch eine wesentliche Forderung von Attac, inzwischen



GATT: Menschen sind Handelsrechtsauslegungen (chinesische Arbeiterinnen, die sich die Lider festklebten, um 19-Stunden-Schichten durchzuhalten)

Foto: Aus dem Film »China Blues«

sind aber viele weitere Themenfelder hinzugekommen: Internationale Steuern, Fairer Handel statt Freihandel, Sicherstellung der Sozialsysteme und der öffentlichen Daseinsvorsorge, Abschaffung von Steueroasen, Globalisierung und Ökologie und Konsum- und Konzernkritik.

### GATT – Ungleichere Handel

Das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen GATT (General Agreement on Tariffs and Trade) verfolgt seit 1947 das Ziel, alle Handelsschranken abzubauen. Das waren in der Vergangenheit vor allem Zollbestimmungen. Doch inzwischen greift das GATT auch nationale Bestimmungen für den Umwelt-

und Gesundheitsschutz als Handelshemmnisse an. Die USA zum Beispiel halten Hormon-Fleisch für selbstverständlich. Als die EU wegen gesundheitlich bedenklicher Folgen dessen Einfuhr verbieten wollte, war das angeblich ein Verstoß gegen die Grundsätze des ungehinderten Handels. Über unterschiedliche Auffassungen wie die zwischen den USA und der EU entscheidet ein Streitbeilegungsorgan, dem nur Fachleute für Handelsrechtsfragen angehören. Fachleute für Umwelt- und Gesundheitsprobleme finden ebensowenig Gehör wie internationale Organisationen, die in diesen Bereichen arbeiten.

### GATS – Die Privatisierungsbibel

Das GATS (General Agreement on Trade in Services) ist das GATT für Dienstleistungen und betrifft den Handel mit Dienstleistungen aus den Bereichen Tourismus, Banken und Versicherungen, Medienrechte, Telekommunikation, Transport. Doch auch große Teile des öffentlichen Dienstes und sozialer Sicherungssysteme sollen ins GATS-Korsett. Dahinter steht die Vorstellung,

nichtkommerzielle Dienstleistungsangebote seien eine Beschränkung des freien Marktes. Öffentlich-rechtliche Medien, solidarische Sozialsysteme wie Renten-, Kranken-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung wären in diesem Sinne systemwidrig und müssten reformiert, wenn nicht privatisiert werden. Außerdem legt das GATS fest, dass Regierungen für bestimmte Bran-

chen auch ausländischen Anbietern den Marktzugang ermöglichen müssen – ein breites Einfallstor für transnationale Konzerne, vor allem in Ländern des Südens einheimische Märkte zu stören, die der Selbstversorgung der Bevölkerung dienen.

### IGB – Der Internationale Gewerkschaftsbund

Der Internationale Gewerkschaftsbund (engl.: International Trade Union Confederation, ITUC) ist ein internationaler Gewerkschaftsdachverband mit Sitz in Brüssel. Der Gründungskongress fand vom 1. bis 3. November 2006 statt. Zuvor war die internationale Gewerkschaftsbewegung vor al-

lem von den beiden großen demokratischen Organisationen Internationaler Bund Freier Gewerkschaften (IBFG) und Weltverband der Arbeitnehmer (WVA) geprägt worden. Um den neuen Herausforderungen im Zuge der Globalisierung der Wirtschaft wirksamer begegnen zu können, haben sich die beiden Verbände sowie acht bisher keinem internationalen Dachverband angeschlossene Gewerkschaften nun zu einer gemeinsamen und schlagkräftigeren Organisation zusammengeschlossen. Dem IGB gehören zur Zeit 306 Gewerkschaften aus 154 Ländern mit rund 168 Millionen Mitgliedern an. Darunter ist auch der Deutsche Gewerkschaftsbund mit knapp sieben Millionen, und der Österreichische Gewerkschaftsbund mit ca. 1,4 Millionen Mitgliedern. IGB-Generalsekretär ist der Brite Guy Ryder. Zur Präsidentin wurde auf dem Gründungskongress Sharan Burrow, Vorsitzende des australischen Gewerkschaftsbundes ACTU, gewählt. Erster Stellvertretender Vorsitzender ist der DGB-Vorsitzende Michael Sommer.

Bereits von 1901 bis zu seiner Auflösung 1945 existierte der Internationale Gewerkschaftsbund als internationaler Dachverband der Freien Gewerkschaften.

### ILO – Der Runde Tisch

Die Internationale Arbeitsorganisation (International Labour Organization) in Genf war die erste UNO-Sonderorganisation und ist seit 1969 Trägerin des Friedensnobelpreises. Alle ILO-Gremien sind besetzt von Vertretern von Regierungen, Arbeitgebern und Gewerkschaften im Verhältnis 2:1:1. Die ILO geht davon aus, dass »der Weltfrieden auf Dauer nur auf sozialer Gerechtigkeit aufgebaut werden kann«. Die Organisation will deshalb Beschäftigungsmöglichkeiten schaffen, Arbeitsbedingungen verbessern, eine gerechte Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums erreichen und weltweit soziale Mindestregeln durchsetzen. Dazu gehören das Recht zur Gründung von Gewerkschaften und das Verbot von Zwangs- und Kinderarbeit. Problematisch ist, dass die ILO keine Möglichkeiten hat, ihre Normen verbindlich durchzusetzen.

### IWF – Die Nebenregierung

Der Internationale Währungsfonds (engl.: International Monetary Fund, IMF) wurde ursprünglich eingerichtet, um die Stabilität der Wechselkurse zu fördern. Er sitzt in Washington und hat 182 Mitgliedsländer. Die Gewichtung der Stimmrechte sichert so



**Wirtschaftliche Zusammenarbeit:** Chea Mony vor Bildern seines Bruders, der wegen seines Engagements für die kambodschanische Textilarbeitergewerkschaft in Phom Phen ermordet wurde

Foto: B. Naudin / Decent Work Calendar 2007

gut wie immer eine Mehrheit für die fünf stärksten Mitglieder, nämlich die USA, Deutschland, Japan, Frankreich und Großbritannien. Die Länder zahlen Mitgliedsbeiträge und können sich im Gegenzug beim IWF Kredite verschaffen. Allerdings gewährt er diese nur gegen harte Auflagen, so genannte Strukturanpassungsprogramme für die Politik der Empfängerländer. Dieses Diktat hat immer wieder zu Protesten der Bevölkerung der betroffenen Länder gegen die undemokratische »Nebenregierung« des IWF geführt (jüngstes Beispiel ist Argentinien). Inzwischen mehren sich auch in der offiziellen Politik Zweifel, ob die IWF-Politik die richtige ist.

### OECD – Die Reichen

Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Organisation for Economic Cooperation and Development) mit Sitz in Paris ist der Zusammenschluss der 29 reichsten Staaten der Erde. Sie ist faktisch die wichtigste internationale Organisation zur Abstimmung der Wirtschaftspolitik in den westlichen Ländern. Teilweise hat sie eine Vorreiterrolle für das GATT zur Durchsetzung von Deregulierung, Liberalisierung, Privatisierung. Einfluss hat die OECD vor allem mit ihren jährlichen Berichten, die regelmäßig Flexibilisierung, also die weitere Abschaffung von Arbeitnehmerrechten fordern. Der OECD verbunden sind Organisationen wie die Atomenergie-Agentur oder die Internationale Energie-Agentur, die Notstandsmaßnahmen für den Fall einer Ölkrise plant.

### TRIPS – Patent auf Leben?

Hierbei handelt es sich um ein Abkommen, das den Handel mit geistigem Eigentum regelt (Trade Related Aspects of Intellectual Property Rights). Die Industrieländer haben das Abkommen als Teil der WTO durchgesetzt. TRIPS betrifft unter anderem Saatgut und Nutztiere, die internationale Konzerne durch Züchtungen oder Gen-Manipulation verändert und sich dann patentieren

lassen haben. So brauchen Bauern nun für die schlichte Produktion von Nahrungsmitteln kostenpflichtige Genehmigungen der neuen Rechte-Inhaber. Das gilt selbst dann, wenn Konzerne sich im wesentlichen nur traditionelle Pflanzensorten oder Tierrassen haben schützen lassen. Beim TRIPS geht es auch um Patente, Design, Computerprogramme, Musikstücke und Literatur. Auch deren Nutzung zahlt sich meistens mehr für Konzerne als für die ErfinderInnen, ProgrammiererInnen, KomponistInnen, SchriftstellerInnen und JournalistInnen aus. Diese werden zum Teil sogar widerrechtlich enteignet.

### UNO – Die Weltregierung

Den Vereinten Nationen (United Nations Organisation) gehören alle Staaten dieser Erde an außer der Schweiz (noch nicht!), dem Vatikan und dem international nicht anerkannten Taiwan. Ihre Grundsätze hat die UNO in ihrer Charta verankert. Ziele sind vor allem, den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu bewahren und Menschenrechte und Grundfreiheiten zu schützen. Unterstützung erfährt die UNO-Arbeit durch 14 eigene Sonderorganisationen wie die ILO und die Weltgesundheitsorganisation WHO. Entscheidendes Gremium ist der Sicherheitsrat mit 15 Mitgliedern. Dessen ständige Mitglieder sind die USA, Großbritannien, Frankreich, Russland und China. Sie können mit ihrem Einspruch Mehrheitsentscheidungen verhindern. Von dieser Möglichkeit haben vor allem die USA ausgiebig Gebrauch gemacht. Die USA schränken die UNO-Handlungsmöglichkeiten wesentlich dadurch ein, dass sie ihre Beiträge für die Organisation (25 Prozent des gesamten UNO-Haushalts) zurückhielten.

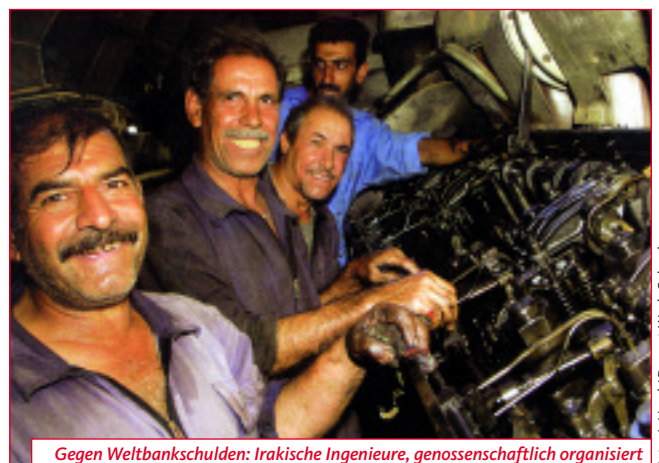
### Weltbank – Schulden für Schulden

Die in Washington ansässige Weltbank umfasst vier selbstständige Organisationen mit einem gemeinsamen Präsidenten. Eine ist die IDA (Internationale Entwicklungsorganisation), die wichtigste überstaatliche Quelle von Krediten für die nicht umfassend industrialisierten Staaten. Größte

Kreditempfänger sind Indien und China. Ähnlich wie im IWF beherrschen die fünf stärksten Industrieländer auch die Weltbankorganisationen. Diese vergeben nur wenige Kredite zinslos, die meisten zu kommerziellen Bedingungen. Die Gelder fließen oft in zweifelhafte Entwicklungsprojekte, zu denen zum Beispiel Riesenstaudämme in Indien gehören, auch wenn diese Umweltzerstörung und massenhafte Vertreibung für die einheimische Bevölkerung bedeuten. Eine der Weltbankeinheiten sichert direkte Kapitalanlagen internationaler Konzerne in den Ländern gegen Verluste ab, deren Regierungen oder Parlamente die Möglichkeiten zur Profitausfuhr begrenzen wollen. 40 Prozent ihrer Kredite vergibt die Weltbank, damit die Empfängerländer ihre Schulden bei anderen Kreditgebern bezahlen können.

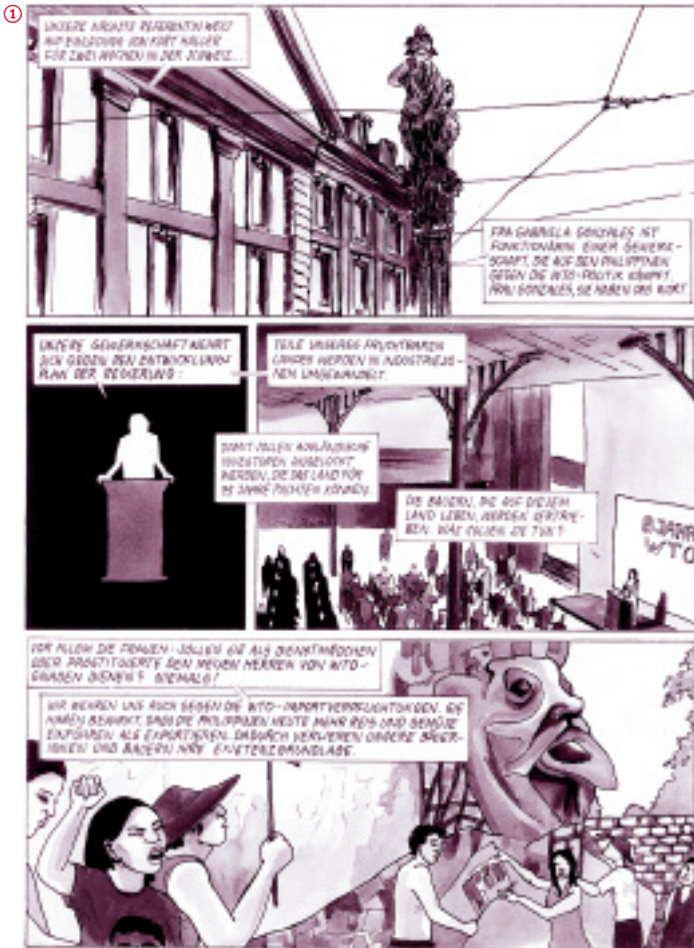
### WTO – Die Propagandistin des Freihandels

Die Welthandelsorganisation WTO (World Trade Organization) ist die Institution, die völkerrechtlich verbindliche Regeln für den internationalen Handelsverkehr schafft. Ihr Sitz ist Genf. Sie hat 142 Mitglieder, darunter die Europäische Union. Auf dem Papier sind alle gleichberechtigt. Doch in Wirklichkeit fehlen den Ländern des Südens Geld und Fachleute, um den Interessen der Menschen aus ihren Ländern in der Zentrale und bei den Verhandlungen Geltung verschaffen zu können. Die Hauptkritik an der WTO richtet sich gegen ihre hemmungslose Propaganda eines totalen Freihandels, von dem auch Nahrungsmittel oder Patente auf Erbgut nicht ausgenommen werden. Konkret kann das so aussehen, dass kranke Menschen keine überlebenswichtigen Arzneimittel erhalten, weil Konzerne keine Zugeständnisse bei Patentrechten machen und deshalb den billigen Nachbau von Medikamenten verbieten. Wichtigste Mittel der WTO sind drei Abkommen: GATT, GATS und TRIPS. Deren uneingeschränkte Anerkennung ist Voraussetzung für die WTO-Mitgliedschaft. [5](#)



**Gegen Weltbankschulden:** Irakische Ingenieure, genossenschaftlich organisiert

Foto: J. Hurd / Decent Work Calendar 2007



Gabriella, Tochter eines philippinischen Reisbauern und engagierte Gewerkschafterin, wird in die Schweiz eingeladen und soll ihre Erfahrungen mit dem WTO-Abkommen überbringen. Der Comic »Das Abkommen« erzählt das komplexe Thema Welthandel auf sehr unterhaltsame Weise. Aus: Markus Kirchofer, Hannes Binder: Das Abkommen, Bern 2003. Mit freundlicher Genehmigung des h.e.p.-Verlages



# Guter Job, gute Regeln

**Sicher und fair bezahlt: »Gute Arbeit« braucht vor allem: klar definierte Mindestanforderungen. Interview mit René Rudolf.**

**René, was bedeutet »Decent Work« – »Gute Arbeit« – für den Bereich der Jugend?**

Eine Arbeit oder Ausbildung in Würde bedeutet faire Bezahlung, die Möglichkeit der Mitbestimmung, Selbstentfaltung und soziale Sicherheit. Jugendliche haben ein Recht auf vernünftige Arbeits- und Ausbildungsbedingungen – nur weil sie jung sind, müssen sie nicht flexibler und leistungsfähiger sein und dazu noch schlechter bezahlt werden.

**»Gute Arbeit« bedeutet also: unwürdige Arbeit abzuwehren. Welche Mindeststandards fordern die Gewerkschaften?**

Eine Grundbedingung ist eine Vergütung bzw. Bezahlung, mit der sich ein eigenes Leben finanzieren lässt. Und: Unbezahlte lange Praktika werden die Regel – hier hat die DGB-Jugend konkrete Vorschläge: 300 Euro pro Monat Gehalt, Begrenzung auf drei Monate. Darüber hinaus brauchen wir den ge-

setzlichen Mindestlohn – die Garantie für ein Mindestmaß an Bezahlung junger Leute.

Qualifizierte Ausbildungsmöglichkeiten für alle Jugendlichen stehen an oberster Stelle. Das ist die Grundlage überhaupt. Dabei müssen wir zur Kenntnis nehmen, das nur noch weniger als 50 Prozent der BewerberInnen eine betriebliche Ausbildung im dualen System machen können. Die anderen dürfen wir aber nicht aus den Augen verlieren. Anlern- oder Kurzausbildungen sind definitiv nicht die Grundlage für ein erfülltes Arbeitsleben. Sichere, fair bezahlte Beschäftigung, Mitbestimmungsrechte, unbefristete und gleich bezahlte Neueinstellungen sind unsere Bedingungen.

**Welche Strategien sind gefragt?**


Die Zusammenarbeit mit unseren Jugend- und Auszubildendenvertretungen in den Betrieben müssen wir noch verbessern. Mit ihnen können wir gemeinsame Strategien und Konzepte zur Verbesserung der Ausbildungsqualität und -bedingungen entwickeln und umsetzen. Die Belange der Jugendlichen müssen auch bei den Tarifverhandlungen mehr in den Vordergrund rücken. Wichtig ist, dies mit den Jugendlichen gemeinsam zu tun, sie in die Lage zu

versetzen, sich selbst für eigene Belange einzubringen. Und, wie gesagt, es braucht geeignete Strukturen und Möglichkeiten zur Ansprache von Jugendlichen, die sich nicht in einer betrieblichen Ausbildung befinden.

**Was heißt das für gewerkschaftliche Bildungspolitik?**

Wir müssen klar machen, dass »Gute Arbeit« und gute Ausbildungsbedingungen selbstverständlich sein müssen. Gewerkschaftliche Bildung heißt aber nicht nur klassische Seminare. Wir müssen die Jugendlichen in ihren sozialen und beruflichen Zusammenhängen ansprechen und abholen: Die DGB-Jugend tut dies mit ihren Projekten »Dr. Azubi«, »Students at work« und dem Projekttag Demokratie und Mitbestimmung.

**Welche Bündnispartner siehst du?**

Soziale Bündnisse mit NGOs und Partnern auf nationaler und internationaler Ebene sind möglich. Am wichtigsten aber ist: das Bündnis mit uns selbst – vor allem müssen wir uns als Gewerkschaftsjugend gemeinsam optimal aufstellen. 

*René Rudolf ist DGB-Bundesjugendsekretär.*



## Von wegen Ausbildungshemmnis!

**»Gute Arbeit« macht nicht krank. Marco Frank zur Novelle des Jugendarbeitsschutzgesetzes.**

**W**ir verbinden mit »guter Arbeit« auch umfassenden Arbeitsschutz, eine faire Bezahlung und aktive Partizipation am Arbeitsleben mit demokratischen Strukturen und Mitbestimmung.« Dieses Statement stammt nicht aus Gewerkschaftskreisen, sondern aus dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales – und konkret aus dem Munde des Parlamentarischen Staatssekretärs Gerd Andres (SPD).

Das sollte auch für den Jugendarbeitsschutz gelten, an dessen Novellierung eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe seit September 2006 arbeitet. Denn in Deutschland betrifft nahezu jeder fünfte Arbeitsunfall (19,6 Prozent) die 15- bis 24-Jährigen. Im Jahr 2004 wurden mehr als 165.000 meldepflichtige Unfälle in dieser Altersgruppe registriert.

Das Jugendarbeitsschutzgesetz (JArbSchG) geht auf die besonderen Belange von Jugendlichen ein und regelt auch Pausen-


und Arbeitszeiten sowie ausreichende Nachtruhezeiten.

Unabhängig von allen gegenteiligen Behauptungen zeigt aber die Diskussion schon jetzt, dass entscheidende Verschlechterungen zu befürchten sind. So sollen Jugendliche bis in den späten Abend arbeiten dürfen (bis 22 statt bisher 20 Uhr) und Jugendliche in Bäckereien künftig bereits um vier statt um fünf Uhr mit der Arbeit beginnen. Das diene der »Annäherung an das veränderte Freizeitverhalten von Jugendlichen und der Anpassung an betriebliche Erfordernisse«, lautet die Argumentation.

Auch die Öffnung für Wochenendarbeit steht zur Debatte. Dabei spielt die Frage nach zusätzlichen Ausbildungsplätzen vor dem Hintergrund der katastrophalen Situation auf dem Lehrstellenmarkt eine zentrale Rolle. Die Arbeitgeber behaupten, der gesetzliche Schutz sei ein Ausbildungshemmnis. Frei nach dem Motto: »Lockert das JArbSchG, dann helfen wir euch bei der

Ausbildungsplatzmiserie« treiben die Verbände hier Lobbypolitik auf dem Rücken der Jugendlichen.

Die Entscheidung, mehr auszubilden, darf jedoch nicht auf Kosten von Gesundheit und Sicherheit der Auszubildenden gehen. Dies gilt besonders vor dem Hintergrund, dass es heute schon Branchen gibt, die über Bedarf ausbilden, weil sie davon ausgehen müssen, dass die schlechten Arbeitsbedingungen bis zu 40 Prozent der Azubis zwingen, abzubrechen.

Zudem: Die erhebliche Lockerung des Jugendarbeitsschutzgesetzes in den vergangenen Jahren hat gerade nicht dazu geführt, dass die Wirtschaft mehr Ausbildungsplätze geschaffen hat: Das Angebot schrumpfte seit 1996 von 609.274 auf nur noch 562.816 Lehrstellen. 

*Die JarbSchG-Kampagne der DGB-Jugend: [www.haendeweg.net.ms](http://www.haendeweg.net.ms)*

*Marco Frank ist politischer Referent bei der DGB-Jugend.*



# »Decent Work«? Gute Ausbildung!

**Qualität der Ausbildung – da gibt es in Deutschland ein breites Spektrum. Drei Porträts von ganz mies bis voll in Ordnung. Von Christian Honnens**

## Küche, Abwasch, Klo

**Tischler-Azubi Tom Meyer\* musste viele Schikanen über sich ergehen lassen – bis er sich bei der Gewerkschaft schlau machte und anfang zu streiken.**

**W**arum gerade jetzt?«, fragte sich der 21-jährige Tom. Es war kurz nach halb zehn, die Frühstückspause hatte gerade begonnen. Und dann kam dieser riesige Lkw auf den Hof der Tischlerei gefahren. Er wusste, was zu tun war. Wie immer, wenn es was zu entladen gab, war das sein Job: Die Lkw-Ladung Spanplatten, zwei mal drei Meter groß, musste ins Lager. Die drei alten Gesellen und der Chef schauten nur zu.

»Wir sind fast wie Sklaven«, sagt Tom über sich und den anderen jungen Tischler-Azubi. Beide arbeiten für den Meister eines kleinen Betriebs in Mittelhessen – nur als billige Arbeitskraft, ist sich Tom sicher. Denn selbst normale Hilfsarbeiter sind teurer. Schließlich verdienen Tischler-Azubis mit durchschnittlich 372 Euro im Osten und 492 Euro im Westen sehr wenig. Von 25

Ausbildungsberufen, die im Ausbildungsreport 2006 des DGB aufgeführt sind, gibt es bei keinem anderen weniger Lohn. Wegen besserer Werte in anderen Kategorien kam der Beruf im Ranking allerdings insgesamt auf einen mittleren 13. Platz.

An den vielfältigen Aufgaben von Tom und anderen lag das nicht. Tischlerinnen und Tischler müssen in Betrieben häufig ausbildungsfremde Tätigkeiten übernehmen. Bei ihm beginnt jeder Tag um zehn nach sieben mit nicht gerade typischen Tischlerarbeiten. Bis die Gesellen und der Chef um 7:30 Uhr ankommen, müssen Lager und Werkstatt gefegt und alle Mülleimer geleert sein. Auch Tee kochen, den Abwasch erledigen oder Klo putzen – das fordert der Chef von Tom. Und pünktlich um neun muss



Tischlerhandwerk: Rankingplatz 13

Foto: DBJR/Projekt P/Röhr: Wenzel

er zum nächsten Supermarkt fahren und Frühstück einkaufen: Brötchen, Wurst, Fleischsalat. Das Geld muss er selbst auslegen und dann von den anderen wieder eintreiben. Weil andere Befragte ähnliche Erfahrungen gemacht hatten, landete die Tischlerei-Ausbildung im Bereich Ausbildungsinhalte nur auf einem schlechten 21. von 25 Plätzen – kurz vor Verkäuferinnen, Fachkräften für Schutz und Sicherheit oder Sport- und Fitnesskauffrauen.

Das machte Tom lange Zeit große Sorgen. Denn wenn es mal was »Richtiges« zu tun gab, dann meist nur Kanten schleifen oder andere Dinge, die Tom kaum auf seine Abschlussprüfung vorbereiten. Die Angst davor wurde immer größer: »Wie soll ich bloß die Prüfung bestehen?«, fragte er sich nach einigen Monaten voller Frust. Er wurde depressiv, fand alles »scheiße« und wollte die Ausbildung abbrechen. Doch seine Eltern redeten auf ihn ein: Er solle froh sein, überhaupt eine Ausbildung zu haben.

In seiner Not meldete sich Tom bei der Gewerkschaft IG Metall. Seitdem weiß er sich zu helfen: Statt jeden Tag Überstunden zu machen geht er jetzt öfter mal um 16.15 Uhr. Für Tom ein kleiner Streik, der ausdrücken soll: So geht es nicht weiter.

Inzwischen hat der Meister sogar schon Geld für die zusätzliche Arbeit bezahlt. »Nicht viel, aber immerhin«, sagt Tom. Der Juniorchef bringt ihm nun technisches Zeichnen bei – und der Chef lässt ihn an einem eigenen Projekt arbeiten. Doch der Lohn kommt immer noch nicht regelmäßig.

Auch wenn Tom nicht mehr daran denkt aufzugeben, wundert er sich immer noch, wie leicht Chefs Schindluder mit ihren Azubis treiben können. Die Strafen für solche eine Ausbeutung müssten höher sein, fordert Tom: »Für mich ist das Betrug – wer seine Azubis nicht ordentlich bezahlt, gehört in den Knast.« [S](#)

## Überstunden, Mobbing

**Anna-Lena Heine\* wollte Werbekauffrau werden. Sie wurde gefeuert – kurz vor dem Ziel.**

**D**as hatte sich Anna-Lena alles ganz anders vorgestellt. Die Werbeagentur in Berlin-Mitte versprach eigentlich tolle Aussichten: Über 90 hoch motivierte Kolleginnen und Kollegen, eine Abteilung für Internationale PR, in der sie einen Teil der Zeit verbringen sollte, und eine Aus-

### AUSBILDUNGSREPORT

## Gute Ausbildung, gute Ausgebildete

Das Bildungs- und damit auch das Ausbildungssystem zu verbessern, gehört seit Jahren zur Agenda auch der Bundesregierungen. Kein Wunder, ist doch längst klar, dass es einen signifikanten Zusammenhang zwischen volkswirtschaftlichem Erfolg und gut ausgebildeten Arbeitskräften gibt. Gute Fachkräfte sind oft ein wichtiger Faktor für die Standortentscheidung.

Die Wirklichkeit spiegelt diese Bedeutung von Ausbildung allerdings oft nicht wider. Die DGB-Jugend hat deshalb im vergangenen Jahr erstmals einen Ausbildungsreport herausgebracht, der die einzelnen Branchen und Berufe unter die Lupe nimmt – und ein Ranking der besten, bestbezahlten und überstundenintensivsten Ausbildungsberufe vornimmt. Bei der Gesamtbewertung werden dabei vier Kriterien abgeklöpft:

Eine wirklich gute Ausbildung müsste danach so gut bezahlt sein, dass die Azubis davon ohne familiäre oder staatliche Unterstützung leben könnten. Die Aufgaben sollten sich auf Tätigkeiten konzentrieren, die direkt mit dem angestrebten Beruf zu tun haben. Private Dienstleistungen wie Kaffee kochen oder für den Chef einkaufen sollten ebenso tabu sein wie der Einsatz als reguläre Arbeitskraft ohne entsprechende Anleitung. Zudem sollte der vertraglich zugesicherte Zeitrahmen eingehalten werden. Das Jugendarbeitsschutzgesetz schränkt die Arbeitszeit auf sechs bis 20 Uhr ein, Überstunden sollten, wenn sie nicht vermeidbar sind, angemessen honoriert werden. Außerdem gehört die Berufsschule untrennbar zum dualen Ausbildungssystem und sollte entsprechend guten Unterricht anbieten. [S](#)

**DGB (Hg.): Ausbildungsreport 2006, zu bestellen unter E-Mail: [jugend.bvv@dgb.de](mailto:jugend.bvv@dgb.de). Weitere Adressen: [www.doktor-azubi.de](http://www.doktor-azubi.de)**



Werbebranche: Auf dem letzten Platz

Foto: DBJR /Projekt P /dieprojektoren

zeichnung als »hervorragender Ausbildungsbetrieb« durch den Bürgermeister. »Was konnte da schon schief gehen?«, fragte sich Anna-Lena voller Vorfriede.

Eine Menge. Alles begann damit, dass es keine »Empfangsdame« gab, als die 21-jährige Berlinerin mit der Ausbildung zur Werbekauffrau begann. Sie musste zunächst für ein ganzes Jahr dort einspringen. Doch was danach kam, empfand sie als noch schlimmer. Weil die Sekretärin des Chefs weg war, sollte sie wieder aushelfen. Denn sie war die Beste unter den zwölf Azubis – das hatten die Schulnoten und die interne Beurteilung gezeigt. Und der Chef wollte die Beste für sich.

Doch auf diesem Niveau konnte er selbst nicht mithalten. »Auf den Morgenkonferenzen hat er gedroht, mich rauszuwerfen und mich persönlich angegriffen«, erinnert sich Anna-Lena ungerne. Sie sei schuld daran, dass die Terminkoordination nicht geklappt habe.

Doch der Chef konnte seine Termine oft nicht einhalten. Die Folge: Sie musste die Termine bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern absagen und neue absprechen. Doch die weigerten sich oft und hatten angeblich keine Zeit. Der Chef kochte. Sagte, sie sei »blond, blöd und lahmarschig« und bezeichnete sie öffentlich als »naiv und inkompetent«. Irgendwann bekam sie eine Abmahnung.

Von diesen Missständen konnte sich Anna-Lena nur schwer erholen. Von halb acht morgens bis zehn Uhr abends musste sie in der Werbeagentur anwesend sein. Sogar wenn um acht Uhr abends nichts mehr zu tun war. Es könnte ja noch was reinkommen.

Haufenweise unbezahlte Überstunden, Tätigkeiten, die mit der Ausbildung nichts zu tun hatten und »eine kleine Diktatur von oben« – neben Anna-Lena haben auch viele andere Werbekaufleute solche Erfahrungen gemacht. Im DGB-Ausbildungsreport 2006 schneidet die Ausbildung zu Werbekaufleuten entsprechend schlecht ab. Die Ausbildungsbetriebe landeten auf dem 25. und letzten Platz.

Gemeinsam mit ihren elf Azubi-Kolleginnen und -Kollegen hatte Anna-Lena auch keinen direkten Ansprechpartner, um eindeutige Arbeitsaufträge zu bekommen oder einfach nur über den Stress und die Sorgen zu sprechen. Die anderen Azubis hatten sogar noch schlimmere Jobs als sie. Einige mussten den ganzen Tag nur kopieren und ausdrucken. Ein junger Azubi-Kollege wurde nur als Hausmeister eingesetzt: Türen ölen, Glühbirnen wechseln, für vollständige Klopapier-Reserven sorgen – und mit den Handwerkern die Termine koordinieren. Kein Wunder, dass die Ausbildungsfirmen auch im Bereich »Ausbildungsinhalte« den letzten Platz einnahmen. Im Ranking um wenige Überstunden landeten sie ebenfalls ganz unten.

Anna-Lena hätte trotzdem weiter gemacht. Die meisten Kollegen waren nett und im Bereich für Internationale PR hatte sie zwischendurch viel gelernt. Doch weil sie angeblich unerlaubt einen Brief geöffnet haben soll, folgte Abmahnung Nummer zwei. Danach musste sie zwei Wochen das Lager im Keller sortieren und aufräumen. Als sie danach zur Personalabteilung beordert wurde, überreichte man ihr dort die Kündigung. Inzwischen studiert Anna-Lena Gesellschafts- und Wirtschaftskommunikation an der Berliner Universität der Künste. **S**

## Ideale Betreuung

*IT-Systemelektroniker Christian Sohr hat eine gute Ausbildung gemacht.*

**P** lötzlich musste alles ganz schnell gehen. Auf fünf Berliner U-Bahnhöfen waren die Anzeigetafeln ausgefallen. Und der Azubi zum IT-Systemelektroniker Christian Sohr sollte den Fehler finden – natürlich gemeinsam mit älteren Kollegen der Berliner Verkehrsbetriebe. Aber unter hohem Zeitdruck. Für den 23-jährigen kein Problem: »Der Außendienst hat immer besonders viel Spaß gemacht.« Denn hier konnte er sich in der Praxis bewähren.

Schon seit der achten Klasse wollte Christian diesen Beruf erlernen. Schon mit sieben Jahren bastelte er an seinem ersten Computer rum, um ihn mit wenig Geld möglichst stark aufzurüsten. Auch heute dreht sich bei ihm alles um jede Menge Kabel, Server und Computer. Er plant Datenleitungen, berechnet Stromleitungen oder installiert Betriebssysteme und Programme auf den Rechnern. Schlechte Erfahrungen fallen dem späteren IT-Systemelektroniker fast keine ein.

Damit geht es ihm wie den meisten seiner Kolleginnen und Kollegen. Denn die Ausbildung zum »IT-Systemelektroniker« schnitt im DGB-Ranking unter den Ausbildungsberufen am besten ab. »IT-System-

elektroniker werden sehr gut von ihren Ausbildern betreut und erhalten überdies noch Hilfe von anderen Mitarbeitern«, heißt es im Ausbildungsplatzreport 2006 des DGB. Im Bereich »Fachliche Anleitung« landeten die Ausbildungsbetriebe daher auf einem sehr guten zweiten Platz, bei »Ausbildungsinhalten« sogar an der Spitze.

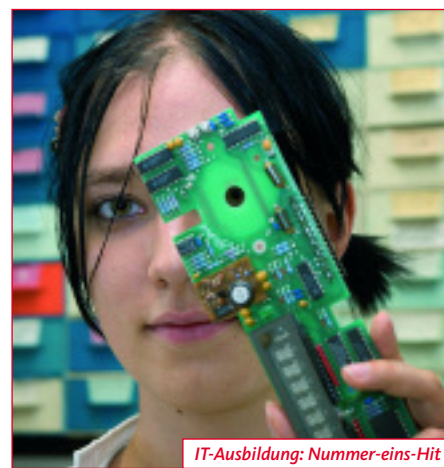
Christian hat auch schon mal Überstunden gemacht. Im Außendienst, freiwillig und sehr selten. »Die Arbeit war noch nicht ganz fertig, und da habe ich weiter gemacht, weil es so viel Spaß machte.«

Natürlich hat er auch Glück, bei einer so großen Firma wie den Verkehrsbetrieben gelandet zu sein. Er schwärmt von strukturierter Arbeit und den komplizierten Verkabelungen in den riesigen Computerräumen. Auch die modernen Lichtwellenleiter aus Glasfasern gibt es nicht überall. Für Christian sind das aufregende Themen.

Weniger spannend ist es nur im Ausbildungszentrum: Dort musste er schon mal eine ganze Woche Computersysteme auf die Rechner verschiedener Abteilungen installieren. Das ist aber kein Vergleich zu den monotonen Tätigkeiten, von denen andere Azubis in der Umfrage der DGB erzählten. »Außerdem gehört das zu den klassischen Aufgaben von IT-Systemelektronikern«, sagt Christian.

Der Azubi mit erstklassigen Noten hofft, nach der Ausbildung langfristig übernommen zu werden. Für ein Jahr und einen Tag ist dies schon gesichert, denn die Gewerkschaft ver.di hat diese Garantie so mit dem Betrieb ausgehandelt. Doch auch für danach macht er sich wenig Sorgen, einen festen und interessanten Job zu bekommen: Notfalls will er sich selbstständig machen – und nach dieser guten Ausbildung hält er sich für gut vorbereitet. Schließlich durfte er eigenständig neue Projekte entwickeln. Und wenn er dabei einmal Probleme hatte, standen ihm stets die Ausbilder zur Seite. Christians Fazit: Er kann die Ausbildung zum IT-Systemelektroniker nur empfehlen. **S**

*\*Namen von der Redaktion geändert.*



IT-Ausbildung: Nummer-eins-Hit

Foto: DBJR /Projekt P /Röhr-Wenzel

# Perspektive: Tarif

**Prekäre Arbeit ist selbst in der deutschen Metallindustrie eine Bedrohung: Jeder vierte Arbeitnehmer unter 30 Jahren ist prekär beschäftigt. Die IG Metall kontert mit dem Projekt »Gute Arbeit«.**

**R**ente mit 67? Ein Fall für den »Arbeitszeit-TÜV«. Überstunden bei der Lebensarbeitszeit landen beim IG Metall-Projekt »Gute Arbeit«. Dort werden aber auch viele Beispiele aus der betrieblichen Praxis gesammelt, wie man mit der Arbeit vernünftig umgehen kann.

Der Name »Gute Arbeit« bedeutet, dass Arbeit die Gesundheit und Lebensqualität nicht zerstört, sondern fördert, dass jeder seine Fähigkeiten einbringen und weiter entwickeln kann.

**Die Themen** gehen dem »Gute Arbeit«-Team um Projektleiter Klaus Pickshaus so bald nicht aus. Der neueste Trend in der Metall- und Elektrobranche trifft die Jugend: Leiharbeit, befristete Arbeitsverhältnisse und Mini-Jobs haben in der deutschen Metallindustrie erheblich zugenommen. Allein der Anteil an Leiharbeit hat sich in den vergangenen zehn Jahren verdreifacht. Und:

Der Berufsstart auf Raten wird auch für Metalller zum Normalfall. 40 Prozent der Berufsanfänger unter 20 Jahren haben befristete Arbeitsverträge – Azubis nicht einbezogen. Von allen befristet Beschäftigten sind rund 60 Prozent unter 30 Jahre alt und knapp ein Drittel zwischen 30 und 50 Jahren. Dies geht aus der Studie »Prekäre Beschäftigung. Neue Herausforderungen und Handlungsstrategien für die Interessenvertretung« hervor, die Pickshaus beim Vorstand der IG Metall vorgelegt hat.

60 Prozent der Leiharbeiter im Metallbereich verdienen weniger als 1.500 Euro und können unter solchen Umständen nicht auf ein langfristig existenzsicherndes Einkommen bauen. Schon 25 Prozent der Unter-30-jährigen sind prekär beschäftigt. »Die kennen gar keine stabilen Verhältnisse«, sagt Pickshaus.

Um das zu ändern, setzt die IG Metall auf Arbeitszeitkonten und festgeschriebene Leiharbeitsquoten – und packt bei konkreten Problemen an.

## Wie kann Abhilfe geschaffen werden?

Über den Autobauer Audi heißt es in der Studie: »Container über Container, Stockbett über Stockbett, immer zu zweit in einer Blechbüchse, vier Mann teilen sich eine



Leiharbeit reguliert: Audi-Produktion, Ingolstadt

Foto: Bernhard Huber / huf

Waschgelegenheit – zeitweise lebten 300 Leiharbeiter von Adecco in dem Containerdorf, nicht weit weg vom Werksgelände von Audi, wo die jungen Männer aus den neuen Bundesländern eingesetzt waren. Sie waren froh über die Arbeit, aber unzufrieden mit der Unterbringung.«

Die IG Metall Ingolstadt nahm das zum Anlass, die Gründung einer Tarifkommission anzustoßen. Ziel: ein Tarifvertrag, der die Unterbringung ebenso regelt wie Auslöse und Heimfahrten.

Als die Adecco-Zentrale versuchte, die Verhandlungen zu blockieren, waren schon etwa 70 Prozent der Leiharbeiter in die IG Metall eingetreten und auch bereit für einen Warnstreik. Der Arbeiterverleih lenkte ein, und auch die Tarifverhandlungen waren erfolgreich: Das Einkommen der Leiharbeiter entsprach nun der Höhe des Facharbeiterecklohns in Bayern.

**Der Fall** umreißt das generelle Vorgehen der Gewerkschaft: Per Abgabe sollen Zeit- und Leiharbeit verteuert und per Regulierung Leiharbeiter den Festangestellten gleichgestellt werden. Um ihre Aktivitäten zu bündeln, hat die IG Metall – neben dem Projekt »Gute Arbeit« – die Internetseite »Zoom« als Plattform für Zeitarbeiter ins Netz gestellt. Und in Nordrhein-Westfalen startete sie die Aktion »Younite« speziell für Jugendliche: Dort bieten Gewerkschafter ihre Hilfe für junge Leute in Berufsschulen und Kleinbetrieben an.

Projekt »Gute Arbeit«: [www.igmetall.de/gutearbeit](http://www.igmetall.de/gutearbeit)

IG Metall-Initiative Zeitarbeit: [www.igmetall-zoom.de](http://www.igmetall-zoom.de)

IG Metall-Initiative »Younite«: [www.younite-nrw.de](http://www.younite-nrw.de)

## GEWERKSCHAFTSJUGEND: PROJEKTE

### Ideen sind alles

Wie kommt man als Gewerkschaft an die Menschen ran, wenn Jobs immer prekärer werden? Der Trend ist auch in Deutschland längst nicht mehr neu. Deshalb heißt es bei der Gewerkschaftsjugend: Ran an die Leute, sehen, wo die Probleme sind – nach dem Motto: neue Zielgruppe, neuer Service. Dazu gehört ein Projekt, das in den letzten Jahren sehr erfolgreich war: »Students at work«.

Angefangen hatte es mit einer Beratungshomepage für erwerbstätige Studierende. Zwei von drei Studierenden müssen neben dem Studium jobben, um sich den Lebensunterhalt und nun auch noch die Studiengebühren zu finanzieren.

Dabei sind sie aber oft nicht lange genug in einem Betrieb, um sich richtig zugehörig zu fühlen – oder sie arbeiten gleich in Firmen oder Kneipen, in denen es keinen Betriebsrat gibt. Für Fragen zum Gehalt, zum Urlaub, zu einer Kündigung oder dem Arbeitsvertrag fehlt da meist der Ansprechpartner. Ebenso für Anregungen, wo man sich für ein Stipendium bewirbt – und für die Themen Praktika und Studi-

engebühren. Zur Homepage kamen bald Projekte an den Unis.

Der Teilbereich Praktikum legte eine ganz eigene Karriere hin und wurde ein Schwerpunkt der Arbeit der Gewerkschaftsjugend. Mit Kampagnen wie »Bewerte dein Praktikum«, einem Maßnahmenkatalog für umfassenden Schutz von Praktikanten, und zuletzt der ersten repräsentativen Studie zu Praktika von Hochschulabsolventen entwickelte sich ein guter Zugang zu einer neuen und sehr großen Zielgruppe.

Ähnlich innovative Ansätze gibt es auch im Bereich der Ausbildung. Das Online-Forum »Dr. Azubi«, wo sich Azubis untereinander austauschen oder von gewerkschaftlichen Experten beraten lassen können, hat zu einer sehr direkten Vernetzung geführt. Viele Auszubildende sind unzureichend über ihre Rechte informiert. Bei Ärger am Arbeitsplatz können sie sich an »Dr. Azubi« wenden. Ein Ergebnis war auch das »Schwarzbuch Ausbildung« – ein Medienschlager.

»Zielgruppe ist die Jugend insgesamt«, sagt DGB-Bundesjugendsekretär René Rudolf. Jede Menge Potenzial also. [\[5\]](#)

[www.students-at-work.de](http://www.students-at-work.de), [www.dr-azubi.de](http://www.dr-azubi.de)

# Mehr Schutz für Seeleute

**Was bringen internationale Kooperationen? Eine Menge, zeigt der erfolgreiche Kampf der Transportarbeiterföderation für die Grundrechte von Seeleuten. Von Bianca Kühl**

**D**ie weltweit rund 1,2 Millionen Seeleute können künftig mit deutlich mehr Schutz für sich und ihre Familien rechnen. Das ist das Ergebnis eines jahrelangen Kampfes der Seeleute-Gewerkschaft in der internationalen Transportarbeiter-Föderation und der Kampagne gegen Billigflaggen. Festgehalten sind die entsprechenden Regelungen im so genannten Seearbeitsübereinkommen, das für alle Seeleute auf international fahrenden Schiffen mit mehr als 500 Bruttoregistertonnen gilt. Verabschiedet wurde es im Februar 2006 auf der Seeschiffahrtstagung der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) in Genf von Vertretern von Seeschiffahrtsge-

werkschaften und Regierungen aus über hundert Ländern. Das Übereinkommen ist das erste international gültige Instrument, das Arbeits- und Lebensbedingungen auf Seeschiffen und in den Häfen umfassend reguliert.

**Auf über 100 Seiten** regelt die so genannte Bill of Rights die Arbeits- und Lebensbedingungen auf Seeschiffen und in den Häfen. Grundlage sind die schon zuvor bestehenden 68 internationalen Arbeitsnormen für Seefahrer, die so weiter entwickelt wurden, dass sie keine Schlupflöcher mehr bieten.

Konkret geht es dabei um Gesundheits- und Arbeitsschutz, Unterkunft, Verpflegung, Heimbringung, soziale Sicherheit, Verfahren zur Behandlung von Beschwerden von Seeleuten, Beschäftigungsverträge, tarifliche Mindestbedingungen und berufliche Qualifikation.

Das Übereinkommen tritt in Kraft, sobald es von Ländern, die mindestens ein

Drittel der weltweiten Bruttoregistertonnage repräsentieren, ratifiziert worden ist – eine Menge, die die 27 EU-Mitglieder allein bereits erreichen.

**»Wir haben eine Konvention beschlossen**, die Kontinente und Ozeane umfasst und eine Charta der Arbeitnehmerrechte für 1,2 Millionen Seefahrer darstellt«, sagt ILO-Generaldirektor Juan Somavia. »Wir haben damit sozialökonomische Mindeststandards für den Wettbewerb in der Schifffahrtsbranche geschaffen, die 90 Prozent des Welthandels abwickelt.«

Die Verantwortung aller Mitgliedsstaaten besteht nun darin, zügig dieses internationale Regelwerk der Sozial- und Arbeitnehmerrechte zu ratifizieren.

Wenn die Richtlinie in zwei bis drei Jahren in Kraft tritt, werden vor allen Dingen die schwarzen Schafe kontrolliert werden. In Zukunft wird es möglich sein, Schiffe in den Häfen festzuhalten, wenn sie den Regeln nicht entsprechen.

Die oft von den Arbeitgebern geäußerte Behauptung, dass weniger Regulierung der Globalisierung vorteilhafter wäre, widerlegt der Weltdachverband der Reeder. Dieser hat sich vehement für die Einführung der Konvention eingesetzt – gegen den Willen des Internationalen Arbeitgeberverbandes. **S**

*Bianca Kühl ist politische Referentin des DGB für europäische und internationale Sozialpolitik.*



**Jetzt mit Grundrechten: Schiffsarbeiter in Bremen**

Foto: Oliver Tjaden / laif

## INTERNATIONALE KOOPERATION

### Netzwerke als Strategie

Der Aufbau von Netzwerken ist ein wichtiges Ziel weltweiter gewerkschaftlicher Arbeit. Dabei ist das multinationale Unternehmen eine Plattform des gewerkschaftlichen Handelns.

Am schwierigsten sind Kontakte der Unternehmensstandorte über Ländergrenzen hinweg. Nur in Europa existiert mit den Europäischen Betriebsräten eine länderübergreifende gesetzliche Institution für die Arbeitnehmervertreter multinationaler Unternehmen. Doch auch im Bereich der chemischen Industrie gibt es mit dem BASF-Südamerika-Netzwerk und dem BASF-Asien-Netzwerk schon die ersten länderübergreifenden Gremien. Im Rahmen dieser Netzwerke findet der soziale Dialog mit dem deutschen Unternehmensvorstand statt.

Im letzten Jahr konnten Mitglieder des Südamerika-Netzwerkes in Buenos Aires mit Vertretern des Ludwigshafener Unternehmensvorstandes, des deutschen Aufsichtsrates und des lokalen Managements über die Situation in Südamerika und auch die globale Strategie des Unternehmens diskutieren. Neben den Delegierten des südamerikanischen Netzwerkes nahmen Vertreter der ICEM als internationale Föderation von Chemie-, Energie-, Bergbau- und Fabrikarbeitergewerkschaften, der IG BCE und Betriebsräte aus Ludwigshafen teil. Solche Gespräche dienen dem Aufbau einer Vertrauenskultur und einer Struktur, in der sich Interessenkonflikte besser regeln lassen.

Allerdings ist eine erfolgreiche Netzwerkbildung von vielen Faktoren und Akteuren abhängig. Zum einen ist das die Kooperationsbereitschaft der Unternehmen. Nur wenn die deutschen Unternehmenszentralen den Prozess unterstützen und auf das lokale Management in

den jeweiligen Ländern Einfluss nehmen, bestehen Chancen für ein Netzwerk. Das deutsche System der Mitbestimmung ist hier wegen der Kontakte von Kapitaleseite und Arbeitnehmervertretern im Aufsichtsrat sehr förderlich.

Zum anderen bedarf es auch des koordinierten Handelns der Vertreter der Arbeitnehmerseite, bestehend aus den deutschen Gewerkschaften, Betriebsräten und den internationalen gewerkschaftlichen Föderationen.

Die wichtigsten Akteure aber sind die jeweiligen Gewerkschaften vor Ort. Gerade in Ländern, in denen die Gewerkschaftsbewegung stark zersplittert ist, kann es zu ideologischen Konflikten kommen, die ein Netzwerk leicht scheitern lassen. Beispiele gibt es aus Brasilien, wo ca. 16.000 (!) lokale Gewerkschaften existieren. Eine gemeinsame gewerkschaftliche Strategie und Kooperation ist auch dort die notwendige Voraussetzung erfolgreichen Handelns. **S** *Michael Linnartz, IG BCE*

# Bange machen gilt nicht

**Die Globalisierung zwingt die Gewerkschaften zu innovativen Methodenmixen. Bestes Beispiel ist die Lidl-Kampagne von ver.di.**  
 Von **Beate Willms**



Ein Fall fürs »Schwarzbuch«: Lidl in Priekopa, Slowakei

**G**lobalisierung muss keine Domäne der Konzerne bleiben. Das ist das bisherige Fazit von Agnes Schreieder. Seit 2002 arbeitet die ver.di-Handels-expertin gemeinsam mit den JournalistInnen Andreas Hamann und Gudrun Giese kontinuierlich an einer Kampagne für die Einhaltung von Sozialstandards und bessere Arbeitsbedingungen bei dem Discounter Lidl. Der gehört neben Kaufland zur Schwarz-Gruppe, einem Handelskonzern, der sowohl für seine aggressive Expansionspolitik als auch für seine Zurückhaltung bei der Veröffentlichung von Zahlen bekannt ist.

**Zahlreiche Anfragen aus dem Ausland machten deutlich...**

Und spätestens seit Dezember 2004 auch dafür, dass er ein Schweineunternehmen ist, was den Umgang mit seinen MitarbeiterInnen angeht.

Was damals mit dem ersten »Schwarzbuch Lidl« begann, hat sich zu einer europäischen Kampagne gegen die Praktiken des Discounters entwickelt, die dabei ist, sich zu einer globalen Konzernstrategie zu mausern.

**Doch von vorne:** Mit dem Schwarzbuch dokumentierte das Team aus ver.di-Leuten und freien JournalistInnen erstmals anhand von konkreten Beispielen und Interviews mit Betroffenen die Arbeitsbedingungen in deutschen Lidl-Filialen für ein breiteres Publikum: Leistungsdruck, Mobbing, Kontrollen, unbe-

zahlte Arbeit, verweigerte Pausen und Unterdrückung von Betriebsratsgründungen. Kritische WirtschaftsjournalistInnen des Netzwerk Recherche, die sich Ende 2006 in Wiesbaden trafen, lobten die Arbeit als Beispiel für »investigativen Journalismus« und vor allem als Anregung zum Weiterrecherchieren.

Für Schreieder und Co. war das Buch der erste Erfolg einer nicht gerade einfachen Arbeit vor Ort, bei der sie Ängste und Misstrauen der Lidl-Beschäftigten erst abbauen mussten. Und es war der Anfang einer Vernetzung. Das globalisierungskritische Netzwerk Attac, dem ver.di auch angehört, startete eine Parallelkampagne. Diese stützte die Forderungen der Gewerkschaft nach menschenwürdiger Behandlung der Beschäftigten, einem fairen Umgang mit Produzenten und Lieferanten und größerer finanzieller Transparenz und ergänzte sie um die Forderung nach mehr Informationen über die Herkunft der Produkte. Da-

**...dass sich die Kampagne nicht auf Deutschland beschränken durfte.**

mit kamen auch Organisationen ins Boot, die sich mit Umwelt- und Verbraucherfragen sowie mit fairem Handel beschäftigten.

**Es kam zu Protesten** vor Lidl-Filialen und Zentralen, Greenpeace deckte auf, dass Lidl Pestizid-behandeltes Obst und Gemüse verkaufte. Unterschriften wurden gesammelt und genauso öffentlichkeitswirksam übergeben wie Negativpreise.

Zahlreiche Anfragen aus dem Ausland machten deutlich, dass sich die Kampagne nicht auf Deutschland beschränken durfte. Schreieder und Co. weiteten ihre Recherchen aus – und veröffentlichten im Sommer 2006 ein »Schwarzbuch Lidl Europa«. Es beschreibt nicht nur die konkreten Arbeitsbedingungen in Lidl-Filialen von Portugal bis Ungarn, sondern zeigt auch, was das System Lidl und Globalisierung miteinander zu tun haben: Wie der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske und seine Stellvertreterin Margret Mönig-Raane im Vorwort schreiben, wäre es falsch zu behaupten, Lidl könne gar nicht an-

## LIDL

### Europaweit billig

**Spanien:** Im drittgrößten Lidl-Land werden Führungskräfte so geschult, dass sie »maximalen Druck auf das Filialpersonal ausüben« können. Dabei geht es darum, die Mitarbeiter so zu provozieren, dass sie freiwillig kündigen. Probate Mittel sind Spindkamas und Nachtkontrollen. Außerdem ließ der Discounter seine Filialen jahrelang von Neonazis bewachen, die für Razzien gegen Einwanderer berüchtigt sind.

**Italien:** Hier bekam Lidl seine Nichteinhaltung einer wichtigen Kernarbeitsnorm sogar schriftlich vom Gericht bestätigt: Ein Arbeitsgericht bezeichnete die Praktiken als »objektiv gewerkschaftsfeindlich«.

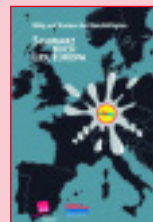
**Frankreich:** Im Lidl-Expansionsland Nummer eins macht der Discounter seinen Beschäftigten Druck, indem er Exempel statuiert. So beschuldigte er mehrere Mitarbeiter, Waren im fünfstelligen Millionenwert gestohlen zu haben und schickte ihnen die Polizei ins Haus. Lidl-Beschäftigte, die sich wehren oder an Streiks teilnehmen, müssen damit rechnen, kriminalisiert zu werden.

**Polen:** In den osteuropäischen Ländern testet Lidl aus, was möglich ist. So verlangte das Management von Beschäftigten in Polen, im Sommer zu arbeiten, »sobald und solange es hell ist«. Die Fünf-Tage-Woche existiert nur auf dem Papier.

**Dänemark:** Lidl Dänemark scheint die gro-

ße Ausnahme. Hier sind 75% der Mitarbeiter gewerkschaftlich organisiert. In den Filialen gibt es gewerkschaftliche Vertrauensleute. Allerdings ist die öffentliche Kontrolle des Preisniveaus und der Warenqualität sehr hoch. Man blickt hier interessiert nach Norwegen, wo sich Lidl zunächst ebenfalls aufgeschlossen gegenüber den Gewerkschaften gezeigt hatte. Von dort berichten immer mehr Beschäftigte, dass »die üblichen Lidl-Methoden« inzwischen auch dort angewendet würden. [5]

ver.di (Hg.): **Schwarzbuch Lidl Europa**, zu bestellen: E-Mail: [manina.walter@verdigmbh.de](mailto:manina.walter@verdigmbh.de)



ders, weil der Konkurrenzdruck auf den liberalisierten Märkten so groß sei und die Löhne woanders so niedrig seien. Tatsächlich »setzt Lidl mit seiner Dumping-Politik Negativtrends in ganz Europa«. Und kassiert dafür auch noch Subventionen in mehrstelliger Millionenhöhe: Sowohl die Weltbank-Tochter IFC als auch die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung finanzierten und finanzieren die Ansiedlung immer neuer Filialen der Unternehmensgruppe etwa in Kroatien, Polen und Bulgarien. »Die Darlehen belaufen sich in nur zwei Jahren auf etwa 280 Millionen Euro«, schreibt »Schwarzbuch«-Autor Andreas Hamann.

Ein erneuter Kredit von über 100 Millionen Euro zur Finanzierung von Kaufland-Filialen des Schwarz-Konzerns in Rumänien steht nach vernetzten Protesten von ver.di, der rumänischen Handelsgewerkschaft sowie AktivistInnen der Gruppe CEE Bankwatch seit Ende Januar 2007 auf der Kippe.

**Das zweite Schwarzbuch** sorgte in der europäischen Medienlandschaft für Wirbel. Und nicht nur das: Die Arbeit daran hat ver.di wieder neue europäische und internationale Kontakte eingebracht, die für die weitere Entwicklung einer globalen Discounter-Strategie wichtig sind.

Schon jetzt ist Lidl aufgescheucht. Bereits nach dem ersten »Schwarzbuch« hat der Konzern erstmalig einen Pressesprecher eingestellt, der für gute Stimmung in den Redaktionen der Medien sorgen soll. Zudem arbeiten inzwischen zwei PR-Agenturen an einer Verbesserung des Images. Die Folge: Jeweils zu Jahresbeginn schaltet Lidl bundesweit medienwirksame Anzeigen (»Lidl sucht den Superazubi«, »Dreamteam 2006«) für Ausbildungsplätze.

Auch bei den Produkten fährt der Konzern eine neue Strategie – jedenfalls verbal. Seit dem vergangenen Jahr stehen in den Lidl-Filialen Transfair- und sogar Bioprodukte zum Verkauf. Allerdings machen sie, wie nicht nur die ver.di-Leute, sondern auch die Verbraucher umgehend bemerkten, nur einen verschwindend geringen Anteil des Sortiments aus.

Schreieder hält die Initiative nicht nur für eine PR-Aktion, sondern auch für einen Versuch, die Kritikerfront aufzuspalten. Dafür würde auch die Aufnahme des »Greenpeace-Magazins« in den Verkauf sprechen.

**Aller Aufregung zum Trotz:** Der ganz große Erfolg für die Gewerkschaft steht noch aus. Immer noch gibt es nur in vier Filialen Betriebsräte. In anderen verbesserten sich die Arbeitsbedingungen nur kurzfristig, das Unternehmen kehrte schnell wieder zu den früheren Praktiken zurück. »Man muss einfach dran bleiben«, sagt Schreieder. [5]

VON WEGEN BILLIG

Lidl produziert Armut

»Globalisierung buchstabiert sich bei Lidl überall gleich. Es gilt, immer höhere Gewinne durch eine aggressive Billigpreispolitik zu erzielen. Mit seinen Ketten Lidl und Kaufland ist der Schwarz-Konzern inzwischen europaweit führend, was Expansion und Umsatzzuwächse angeht. Mit den Filialen exportiert Lidl immer auch sein System »Billig auf Kosten der Beschäftigten«. Man versucht, Sozialstandards zu unterlaufen und betreibt Dumping gegenüber den Zulieferern. Das verschärft in allen Ländern Europas den ruinösen Wettbewerb im Handel und hat weitreichende Folgen für Beschäftigte, Kunden und die Allgemeinheit.

Die politisch gewollte Liberalisierung von Handels- und Dienstleistungsmärkten befördert diese Entwicklungen zusätzlich. Weltweites Ein- und Verkaufen soll nach dem Wunsch der Politik möglichst schrankenlos und im System Lidl möglichst billig sein. In diesem lassen sich die negativen Folgen der ungebremsten Deregulierung und der steigenden Konkurrenz durch die Ausweitung von Märkten und Filialen besonders deutlich beobachten.

Lidl unterliegt dabei keineswegs einem Konkurrenzdruck aus billigeren Ländern, sondern setzt durch seine Dumping-Politik Nega-

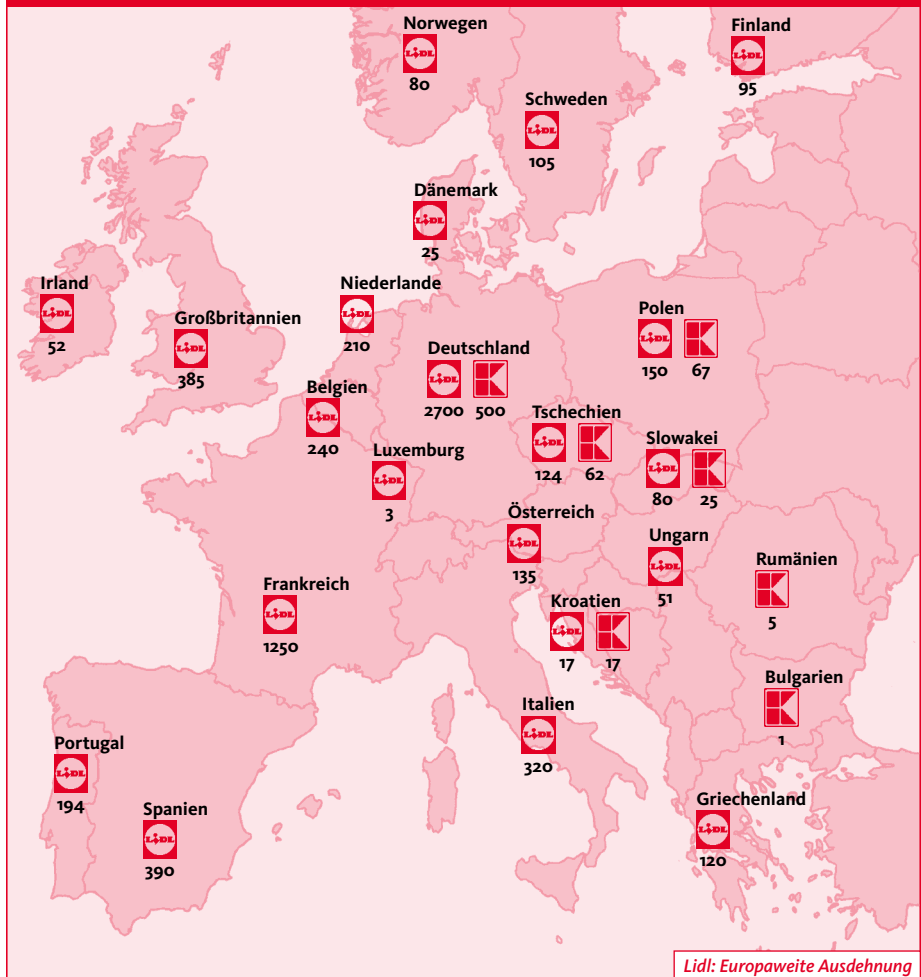
tivtrends in ganz Europa. Immer mehr Menschen sind aufgrund ihrer geringen Einkommensverhältnisse darauf angewiesen, bei Lidl oder anderen Billigketten einzukaufen. Zugleich produzieren diese Ketten überall in Europa bei den Beschäftigten und Lieferanten neue Armut. Verantwortungsvolles Handeln gegenüber Verkaufs- und Lagerpersonal, die Wahrung von Grund- und Menschenrechten im Arbeitsalltag, Rücksichtnahme auf die besonderen Belange von Frauen, die Sicherung von Persönlichkeitsrechten, freie gewerkschaftliche Organisation und betriebliche Interessenvertretung – das alles passt nicht zum System Lidl. International geltende Rechte und menschenwürdige Arbeitsbedingungen müssen an vielen Orten überhaupt erst durchgesetzt werden.

Denn es geht auch anders. Wenn Beschäftigte mit ihrer Gewerkschaft, wenn interessierte Kunden und verantwortungsbewusste Menschen deutlich und nachhaltig soziale und ökologische Verantwortung einfordern, ändert Lidl sein Verhalten positiv.

Dafür gibt es Beispiele. In ganz Europa ist dafür aber noch ein sehr langer Weg zurückzulegen. [5]

Frank Bsirske/Margret Mönig-Raane im »Schwarzbuch Lidl Europa«

DIE UNTERNEHMENSGRUPPE SCHWARZ



Lidl: Europaweite Ausdehnung

Quelle: »Schwarzbuch Lidl Europa«

**WEBTIPP**

Vier Universitäten gründeten Anfang April 2006 in Kassel – gemeinsam mit der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) – eine Globale Universität der Arbeit: die Witwatersrand Universität in Johannesburg, Südafrika, die Universität Estadual de Campinas in Brasilien, die Fachhochschule für Wirtschaft Berlin und die Universität Kassel.

In dem einjährigen, auf Englisch angebotenen Masterstudiengang »Labour Policies and Globalisation« werden derzeit 22 junge Gewerkschaftsaktivisten aus 19 Ländern auf die Herausforderungen der Globalisierung vorbereitet. Unterstützt wird die Global Labour University neben der ILO durch die Friedrich-Ebert-Stiftung, die Hans-Böckler-Stiftung und das DGB-Bildungswerk.

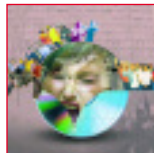
Infos: [www.uni-kassel.de/fb5/globalization/](http://www.uni-kassel.de/fb5/globalization/)

**+** **Was sind Hedge-Fonds?** Was genau ist Neoliberalismus? Wie funktioniert Shareholder Value? Im »ABC der Globalisierung« wird versucht, globalisierungskritisches Wissen und alternative Sichtweisen zu vermitteln.



*ABC der Globalisierung: Von Alterssicherung bis Zivilgesellschaft, VSA-Verlag, Hamburg 2005, 224 S., 10 Euro*

**+** **Nord-Süd-Netz:** »Es gibt nur eine Arbeitswelt: Internationale Prozesse haben heute auch Auswirkungen auf Arbeitsplätze und -bedingungen in Deutschland.« (Michael Sommer) Recht hat er. Deshalb arbeitet das Nord-Süd-Netz des DGB auch daran, die internationalen Gewerkschaftsbewegungen und Interessenvertretungen zu vernetzen.



[www.nord-sued-netz.de](http://www.nord-sued-netz.de)

**+** **G 8 – Gipfel der Ungerechtigkeit:** Argumente und Gegenentwürfe. Das Handbuch für den Gipfelstürmer und all die, die neugierig sind auf die Debatten innerhalb der G 8-Proteste. Mit Beiträgen von Hugo Chávez und Jessica Heyser.



*Christine Buchholz/Katja Kipping (Hrsg.): G 8: Gipfel der Ungerechtigkeit, VSA-Verlag, Hamburg 2006, 176 S., 11,80 Euro*

**+** **AK Internationales der DGB-Jugend:** Aufgabe des Arbeitskreises (AK) Internationales ist die Vernetzung von internationalen Aktivitäten in Gewerkschaften und DGB-Bezirken. Haupt- und Ehrenamtliche der DGB-Mitgliedsgewerkschaften und -Bezirke sind ganz herzlich zur Mitarbeit im AK Internationales eingeladen!

*Treffen: 8. bis 10. Juni 2007: Europäische Integration und gewerkschaftliche Handlungsmöglichkeiten (Ort noch unbekannt), 12. bis 14. Oktober 2007 (Naumburg bei Kassel): Gewerkschaften in der Globalisierung – Probleme, Strukturen, Aktionen. Infos und Anmeldungen: Mirjam Muhs, Tel: 030/240 60 171, E-Mail: [mirjam.muhs@dgb.de](mailto:mirjam.muhs@dgb.de)*



**+** **Deutsch-Brasilianische Gewerkschaftsjugend:** Beim Weltsozialforum im brasilianischen Porto Alegre im Januar 2005 hielten DGB-Jugend und brasilianischer Gewerkschaftsdachverband CUT erstmals einen gemeinsamen Workshop zum Thema Jugend und Beschäftigung ab. Nun fördert das DGB-Bildungswerk den Aufbau der Jugendarbeit der CUT und es gibt es ein gemeinsames Bildungsprogramm mit der IG Metall, der IG BCE und ver.di. Auch wenn die ökonomische und soziale Situation von Jugendlichen, ihre Chancen auf Ausbildung und Arbeit in Deutschland und Brasilien sehr unterschiedlich sind – beide Gewerkschaften sehen die Jugend in einer zentralen Rolle.



Infos: Susanne Kim, E-Mail: [susanne.kim@dgb-jugendbildungswerk.de](mailto:susanne.kim@dgb-jugendbildungswerk.de)

**+** **Soziale Bewegungen:** Für alle G 8-Interessierten und Aktiven bietet die neue G 8-Homepage von Attac schon jetzt viel Wissenswertes und gute Möglichkeiten zum Austausch und zur Vernetzung.

[www.attac.de/heiligendammo7/pages/was-ist-g8.php](http://www.attac.de/heiligendammo7/pages/was-ist-g8.php)



**IMPRESSUM**

*Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.*

**Verantwortlich für den Inhalt:**  
Ingrid Sehrbrock

**Herausgeber:**  
DGB-Bundesvorstand, Ber. Jugend, Henriette-Herz-Platz 2, 10178 Berlin, Tel.: 030/240 60 172, Fax: -409

**E-Mail:**  
[jkiontke@web.de](mailto:jkiontke@web.de)

**Internet:**  
[www.dgb-jugend.de](http://www.dgb-jugend.de)

**Druck:**  
PrintNetwork PN GmbH

**Redaktion:**  
Jürgen Kiontke, Beate Willms

**Grafik:**  
Heiko von Schrenk

**Aboverwaltung:**  
Daniela Linke, Tel.: 030/240 60 166, E-Mail: [daniela.linke@dgb.de](mailto:daniela.linke@dgb.de)

*Gefördert aus Mitteln des Kinder- und Jugendplans des Bundes (BMFSFJ)*

*Alle Anbieter von Beiträgen, Fotos und Illustrationen stimmen der Nutzung im Internet zu.*

**Abo-Coupon**

ausschneiden und im Fensterumschlag an die untenstehende Anschrift schicken.

An den  
**DGB-Bundesvorstand, Ber. Jugend  
Soli aktuell  
Henriette-Herz-Platz 2  
10178 Berlin**



Ich möchte monatlich  Exemplar(e) bestellen.

vorname	name
organisation	funktion
straße	nummer
plz	ort
unterschrift	